

LANDTAG INTERN

INFORMATIONEN FÜR DIE BÜRGERINNEN UND BÜRGER

Plenum, Ausschüsse, Gesetzgebung & Hintergründe

52. Jahrgang · 17. Wahlperiode · Ausgabe 6 · 6. Juli 2021

Pandemie

Kurz vor der parlamentarischen Sommerpause hat die Corona-Pandemie erneut den Landtag beschäftigt. Die Abgeordneten debattierten nach einer Unterrichtung der Landesregierung. S. 3

Demonstration

In einer Aktuellen Stunde hat der Landtag über einen Polizeieinsatz bei einer Demonstration in Düsseldorf diskutiert. Bei dem Protest war es um das geplante Versammlungsgesetz gegangen. S. 7

Gedenken

Mit einer zentralen Gedenkstunde im Plenarsaal des Landtags hat Nordrhein-Westfalen an die Opfer der Corona-Pandemie erinnert. Für die Verstorbenen wurden Kerzen entzündet. S. 10-11

Eule Helene

Die Eule Helene wird Grundschülerinnen und -schüler künftig durch das Bildungsprogramm des Landtags begleiten. Ihren Namen suchte das Präsidium aus 185 Vorschlägen von Kindern aus. S. 16-17



Windkraft und Wohnen

Diskussion um Abstände

INHALT

Windkraft und Akzeptanz

Anhörung im Fachausschuss zu geplanter Gesetzesänderung S. 13

Standpunkte S. 14

Foto: Schälte

Aus dem Plenum

Sommerferien und

Delta-Variante S. 3

Meldungen S. 4

Debatte um Polizeieinsatz ... S. 7

Schule und Schutzmasken ... S. 8

Debatte um Verkehr

und Luftbelastung S. 9

Forum

Corona-Gedenkstunde S. 10

Gesetzgebung S. 12

Forum

Eine Eule für den Landtag ... S. 16

Aus den Fraktionen S. 18

Forum

Erinnerung an Dani Karavan S. 20

Aus den Ausschüssen

Meldungen S. 22

Im Porträt

Helmut Seifen (AfD) S. 23

Kurz notiert S. 24

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, André Kuper, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

Redaktion (red): Wibke Busch (wib, Vi.S.d.P.), Michael Zabka (zab), Thomas Becker (tob), Sonja Wand (sow), Bernd Schälte (bs, Bildredaktion); Telefon (0211) 884-2472 (zab), 884-2442 (wib), 884-2304 (tob), 884-2064 (sow), 884-2309 (bs), landtag-intern@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Parlamentarische Geschäftsführer/-innen: Matthias Kerkhoff (CDU), Sarah Philipp (SPD), Henning Höne (FDP), Mehrdad Mostofizadeh (Grüne), Andreas Keith (AfD), Pressesprecher/-innen: Dirk Michael Herrmann (CDU), Andreas Hahn (SPD), Nadja Wilkins (FDP), Désirée Linde (Grüne), Michael Schwarzer (AfD).

Redaktionsschluss: Freitag, 2. Juli 2021, 11.30 Uhr
Nachdruck mit Quellenangabe erbeten. Kürzungen oder Veränderungen der Beiträge sind nicht zulässig.
Die Beiträge aus den Rubriken „Aus den Fraktionen“ und „Standpunkte“ liegen in der alleinigen Verantwortung der jeweiligen Fraktion.

Ein Nachdruck der Beiträge aus den Rubriken „Aus den Fraktionen“ und „Standpunkte“ ist nur mit Zustimmung der jeweiligen Fraktionspressestelle und bei entsprechender Quellenangabe möglich.

Eine Verwendung für die eigene Öffentlichkeitsarbeit von Parteien, Fraktionen, Abgeordneten oder Wahlbewerberinnen und -bewerbern – insbesondere zum Zwecke der Wahlwerbung – ist unzulässig.

Auflage: 30.000

Satz: de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de

Herstellung und Versand: reha gmbh zur beruflichen und sozialen Teilhabe von Menschen mit Behinderung, Dudweilerstraße 72, 66111 Saarbrücken

Internet-Adressen: www.landtagintern.de, www.landtag.nrw.de

Landtag Intern wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Weitere Hinweise

www.landtagintern.de



Leserservice und kostenloses Abonnement

Sie sind umgezogen und haben eine neue Adresse oder möchten Landtag Intern kostenfrei abonnieren?

Dann wenden Sie sich bitte postalisch, telefonisch oder per E-Mail an die Öffentlichkeitsarbeit des Landtags NRW, Telefon (0211) 884-2442, landtag-intern@landtag.nrw.de

Vielen Dank! Ihre Landtag-Intern-Redaktion

Sommerferien und Delta-Variante

Unterrichtung und Debatte über Corona-Pandemie

30. Juni 2021 – Kurz vor Beginn der Sommerferien in Nordrhein-Westfalen hat der Landtag erneut über die Corona-Pandemie diskutiert. Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann (CDU) hatte die Abgeordneten zuvor über den aktuellen Stand mit niedrigen Inzidenzwerten unterrichtet. Er mahnte aber auch zur weiteren Vorsicht.



Gesundheitsminister
Karl-Josef Laumann (CDU)

Thomas Kutschaty (SPD)

Bodo Löttgen (CDU)

Gesundheitsminister **Karl-Josef Laumann** (CDU) wies darauf hin, dass die landesweite 7-Tage-Inzidenz aktuell bei 5,2 liege. Vorsicht sei aber weiterhin geboten, was die Ausbreitung der Delta-Variante des Corona-Virus in Großbritannien belege. Reiserückkehrer aus Virusvariantengebieten müssten 14 Tage in Quarantäne. Bei einer Rückkehr aus einem Hochinzidenzgebiet betrage die Quarantänepflicht mindestens fünf Tage. Bei der Rückkehr aus Risikogebieten gelte eine Testpflicht ohne Quarantäne. Die wichtigste Maßnahme bleibe aber das Impfen. „Ich bin sehr optimistisch, dass wir bis Ende Juli allen Impfwilligen ein Angebot für die Erstimpfung gemacht haben können.“

In Sonntagsreden seien von der Landesregierung im vergangenen Jahr zahlreiche Versprechen gemacht worden, sagte SPD-Fraktionschef **Thomas Kutschaty**. Nennenswerte Verbesserungen etwa für Verkäuferinnen und Verkäufer im Einzelhandel und andere „Heldinnen und Helden der Pandemie“ habe es aber nicht gegeben. Auch das Versprechen einer flächendeckenden Ausstattung von Schulen mit Luftfiltern sei nicht eingelöst worden. Die Landesregierung sei ihrer Verantwortung gegenüber Lehrkräften sowie Schülerinnen und Schülern nicht nachgekommen. Fördergelder des Landes gebe es nur für Räume, deren Fenster sich nicht öffnen ließen.

Es sei angezeigt, mehr Vertrauen in die Selbstverantwortung und Lernfähigkeit der Bürgerinnen und Bürger zu entwickeln, zitierte

Bodo Löttgen, Vorsitzender der CDU-Fraktion, aus dem letzten Bericht des „Expertenrats Corona“. Der Staat könne seine Bürgerinnen und Bürger nicht vor allen Gefahren bewahren, ohne ihre Freiheiten allzu sehr einzuschränken. So käme etwa niemand auf die Idee, angesichts 3.000 Verkehrstoter jährlich den Straßenverkehr zu verbieten. Seit dem vergangenen Sommer hätten sich die Rahmenbedingungen geändert, verwies Löttgen auf die Impfquoten im Land. Es gelte, das Wissen von heute zu nutzen: Testen verhindere Superspreading.

Die Fehler aus dem letzten Herbst dürften sich nicht wiederholen, mahnte Grünen-Fraktionschefin **Josefine Paul**. Auf einen guten Som-

mer könne ein schwieriger Herbst folgen. Sie kritisierte die Auflösung des interdisziplinären „Expertenrats Corona“ und attestierte dem Ministerpräsidenten ein „Zuhördefizit“. Die Landesregierung dürfe Schulträger, Schülerinnen und Schüler sowie Eltern nicht länger „im Aerosolregen stehen lassen“, sondern müsse endlich für Luftfilter in den Klassenräumen sorgen. Außerdem müsse „nach anderthalb Jahren Ausnahmezustand Druck aus dem System“ genommen werden. Schulen seien Lebens-, Entwicklungs- und Bewältigungsraum.

„Verantwortungsvoll öffnen“

Ziel bleibe es, das Gesundheitssystem zu schützen, sagte FDP-Fraktionschef **Christof Rasche**. Man werde weiterhin „verantwortungsvoll öffnen“ und dabei „niemals leichtsinnig werden“. Nordrhein-Westfalen sei trotz der vielen Ballungszentren relativ gut durch die Krise gekommen. Zwar seien auch Fehler gemacht worden, „denn es gab nie ein Patentrezept“. Der Landesregierung „Sorglosigkeit“ zu unterstellen, sei „unseriös“, sagte Rasche in Richtung Grünen-Fraktion. Das Krisenmanagement sei bisher gut gewesen, der Kurs der „NRW-Koalition“ richtig. Maßstab möglicher künftiger Grundrechtseingriffe müsse die Lage in den Kliniken sein.

Dr. Martin Vincentz (AfD) sprach im Zusammenhang mit der Pandemie vom „leisen Tod der Aufklärung“. Die Regierung habe zu den „etablierten Mitteln des ausgehenden Mittelalters“ gegriffen – „Wegsperrern statt Aufklärung, Zwang statt Freiheit“. Immer mehr Studien hätten gezeigt, dass weder Lockdown noch „Notbremse“ tatsächlich einen nennenswerten Einfluss auf die Ausbreitung von Covid-19 gehabt hätten. Vincentz kritisierte „unüberschaubare Folgeschäden“ einer „anti-freiheitlichen Politik“. Die Maßnahmen hätten sich als „reine Beruhigungsspillen für ein von Ihnen erst aufgeschrecktes Volk“ erwiesen. *tab, sow, zab*



Fotos: Schälte

Josefine Paul (Grüne)

Christof Rasche (FDP)

Dr. Martin Vincentz (AfD)



Kampf gegen Antisemitismus

16.6.2021 – Die Fraktionen von CDU und FDP fordern Konsequenzen aus den antisemitischen Demonstrationen und Übergriffen in Nordrhein-Westfalen nach der jüngsten Eskalation des Nahost-Konflikts. In einem Antrag der Fraktionen (17/14069) heißt es: „Antisemitismus wie auch jede andere Form gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit hat in Nordrhein-Westfalen keinen Platz.“ Es müssten „so weitgehend wie möglich alle Kräfte gebündelt und Initiativen vernetzt werden, die sich für die Werte unseres Zusammenlebens einsetzen, um gemeinsam stark gegen diese Gefährdung zu sein“. Die Fraktionen sprechen sich u.a. dafür aus, Aus- und Fortbildungsangebote insbesondere bei Polizei und Justiz so zu überarbeiten, dass „zielgerichtet Wissen und Kenntnisse über Antisemitismus in seiner historischen Entwicklung sowie in seiner modernen Ausprägung vermittelt werden, damit Stereotype, Codes und Vorfälle als Straftaten besser eingeordnet werden können“. Es müsse geprüft werden, ob in den Generalstaatsanwaltschaften und anderen Behörden für den Bereich antisemitisch motivierter Taten besondere Ansprechpersonen eingesetzt werden könnten. Die Landesregierung solle sich auch dafür einsetzen, dass die radikal-islamische Hamas in Deutschland verboten werden. Der Antrag wurde ebenso wie ein Entschließungsantrag der AfD (17/14201) zur weiteren Beratung an den Innenausschuss (federführend) überwiesen.

Tempo 30

16.6.2021 – Für Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit in geschlossenen Ortschaften setzt sich die Grünen-Fraktion ein. In einem Antrag (17/14046) fordert sie die Landesregierung auf, eine entsprechende Bundesratsinitiative zu starten. Außerdem solle sie sich dafür starkmachen, dass Kommunen kurzfristig einen Modellversuch in ihrem Stadtgebiet unternehmen dürfen, und sie solle diese dabei unterstützen. Bisher hätten Kommunen für solche Vorhaben keine Erlaubnis erhalten. Auf Landesstraßen solle innerhalb geschlossener Ortschaften ebenfalls

Tempo 30 gelten. Als Gründe für den Vorstoß führt die Fraktion weniger Verkehrstote, flüssigeren Verkehr und bessere Luft an und verweist auf Erfahrungen aus Barcelona und Brüssel. Der Antrag wurde zur weiteren Beratung an den Verkehrsausschuss überwiesen

Photovoltaik auf dem Wasser

16.6.2021 – Die AfD-Fraktion warnt in einem Antrag (17/14059) vor „schwimmenden Photovoltaikanlagen auf nordrhein-westfälischen Stau- und Baggerseen“. Lobbyisten, so die Fraktion, drängten zunehmend darauf, Seen von stillgelegten Tagebauflächen sowie von Kies- und Sandwerken für die Anlagen freizugeben. Laut AfD-Fraktion wären „grundsätzliche neue Sicherheitsaspekte im Umfeld dieser elektrischen Anlagen einzuhalten, die jede anderweitige Nutzung unmöglich machen“. Damit wären diese Flächen auch als Naherholungs- und Schutzgebiete verloren. Die Landesregierung solle sich u.a. dafür einsetzen, dass die „Praxis der sog. Innovationsausschreibungen für schwimmende PV-Anlagen vom Bund beendet wird und keine weiteren Projekte in NRW durchgeführt werden“. Der Antrag wurde mit den Stimmen von CDU, SPD, FDP und Grünen abgelehnt.

Gesetz für Radverkehr

18.6.2021 – Die Landesregierung will mit einem Fahrrad- und Nahmobilitätsgesetz das Rad als „umwelt- und klimafreundliches, flexibles und gesundheitsförderndes Verkehrsmittel, das zudem einen Beitrag zur Minderung der Luft- und Lärmbelastung leistet“, stärken. Sie hat dazu im Plenum einen entsprechenden Gesetzentwurf (17/13977) eingebracht und reagiert damit auf einen Landtagsbeschluss. Das Parlament hatte sich mit Forderungen der Volksinitiative „Aufbruch Fahrrad“ befasst, die einen Anteil des Radverkehrs von 25 Prozent bei der Verkehrsmittelwahl bis zum Jahr 2025 erreichen will. Der Gesetzentwurf legt die Gleichrangigkeit der Verkehrsmittel zugrunde. „Zentrale Neuerungen sind zum Beispiel die Erstellung eines flächendeckenden Radvorrangnetzes und die Aufstellung

des Bedarfsplans für Radschnellverbindungen“, heißt es darin. Die Kosten für das Vorhaben schätzt die Landesregierung auf rund 22 Millionen Euro für die nächsten fünf Jahre, wovon knapp 2 Millionen Euro auf die Kommunen entfallen sollen. Nach der 1. Lesung im Plenum wurde der Gesetzentwurf an den Verkehrsausschuss überwiesen.

Digitale Teilhabe

18.6.2021 – Rund ein Drittel der Menschen in Nordrhein-Westfalen habe nach wie vor keinen Zugang zu einer digitalen Infrastruktur mit Gigabitgeschwindigkeit, kritisiert die SPD-Fraktion in einem Antrag (17/14075). Dabei werde durch die fortschreitende Digitalisierung „digitale Teilhabe zunehmend auch zu sozialer Teilhabe“. Dies habe sich gerade während der Corona-Pandemie gezeigt. Digitale Teilhabe müsse für alle gelten und dürfe „nicht vom Geldbeutel abhängen“. In der öffentlichen Verwaltung dürfe dies jedoch nicht dazu führen, dass analoge Angebote und Kontaktmöglichkeiten wegfielen. Die Landesregierung solle u. a. die „Bremsen beim Gigabitausbau“ flächendeckend lösen. Erforderlich seien vereinfachte und standardisierte Genehmigungsverfahren. Der Antrag wurde mit den Stimmen von CDU, FDP und AfD abgelehnt. Neben der SPD stimmten die Grünen für den Antrag.

Schulstart nach den Ferien

30.6.2021 – Die SPD fordert die Landesregierung auf, den Schülerinnen und Schülern als „Hauptleidtragenden der Pandemie“ einen guten Schulstart nach den Ferien zu ermöglichen. „Es wurde in den letzten eineinhalb Jahren das Primat der Gewährleistung von Prüfungen in den Fokus gerückt. Konzepte und Rahmenbedingungen für eine pädagogische Aufarbeitung und das seelische Wohl mussten dem Notendruck weichen“, heißt es in einem entsprechenden Antrag (17/14278). Deshalb müsse die Landesregierung nun eine Rahmenvorgabe für den Beginn des neuen Schuljahrs vorlegen, um u. a. für gute Lernbedingungen zu sorgen, die Bedürfnisse der Kinder und ganzheitliches Ler-



Foto: Hartmann

nen in den Fokus zu nehmen, den Unterricht an „Kompetenzorientierung statt Streben nach Vollständigkeit aller Lerninhalte“ auszurichten und beim individuellen Lernstand anzusetzen, ohne die Kinder zu überlasten. Die Rahmenvorgabe solle außerdem Hygienekonzepte u. a. mit flächendeckenden Luftfilteranlagen beinhalten und das Schulpersonal entlasten. Der Antrag wurde mit den Stimmen von CDU, FDP und AfD abgelehnt, ebenso ein Entschließungsantrag der Grünen (17/14359). SPD und Grüne stimmten jeweils dafür.

Abwasser-Monitoring

30.6.2021 – Die Grünen-Fraktion fordert, ein landesweites Abwasser-Monitoring als Frühwarnsystem gegen ein erneutes Ausbrechen der Corona-Pandemie einzuführen. Die gefundenen Konzentrationen des Virus und seiner Varianten in Abwasserproben erlaubten Rückschlüsse darüber, ob und welche Corona-Infektionen in einem bestimmten Gebiet zu- oder abnehmen, schreibt die Fraktion in einem Antrag (17/14255), über den die Abgeordneten im

Plenum beraten haben. Da Infizierte teilweise keine Symptome entwickelten, aber Viren ausgeschieden, könnten Abwasseruntersuchungen wichtige Hinweise auf steigende Infektionszahlen und entstehende Hotspots geben. Befunde würden mehrere Tage vor auf Tests basierenden Zahlen vorliegen. Die EU-Kommission habe die Mitgliedstaaten aufgefordert, das Abwasser-Monitoring als zusätzliches diagnostisches Instrument einzusetzen. In Nordrhein-Westfalen liefen Pilotprojekte bereits in Bonn, Köln und im Rhein-Erft-Kreis. Die Landesregierung müsse der Aufforderung der EU nachkommen, Abwasser-Monitoring flächendeckend einzuführen. Sie solle Kommunen bei der Auswertung der Proben organisatorisch mit Sachmitteln, finanziell und personell unterstützen. Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD abgelehnt. Die Grünen stimmten dafür, die SPD enthielt sich.

Weiterbildungsgesetz

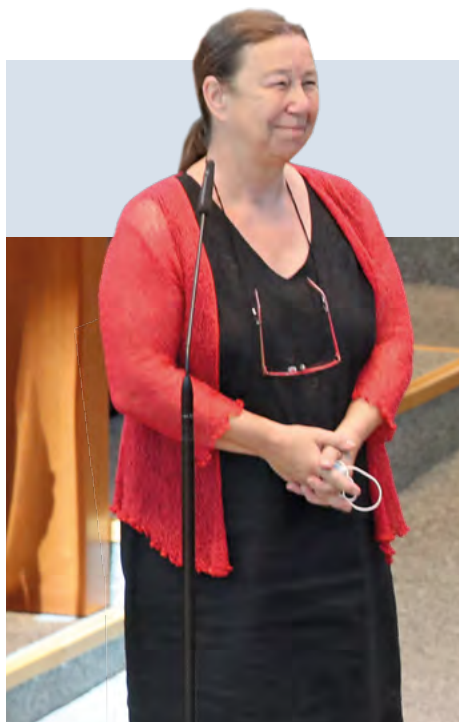
30.6.2021 – Der Landtag hat das „Gesetz zur Weiterentwicklung des Weiterbildungsgesetzes“

sowie zwei Entschließungsanträge (17/12755, 17/14327 Neudruck, 17/12852, 17/14360 Neudruck) jeweils einstimmig verabschiedet. Neue Herausforderungen wie das „Lernen und Lehren im digitalen Wandel“ sowie die erfolgreiche Bewältigung des familiären Alltags machten eine Novellierung notwendig, heißt es im Entwurf, den die Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Grünen eingebracht hatten. Eine herausgehobene Rolle komme Volkshochschulen und Einrichtungen etwa von Kirchen, Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden, der Wohlfahrtspflege oder aus dem Sport zu, „die auf der Grundlage des Weiterbildungsgesetzes mit ihren gemeinwohlorientierten Bildungsangeboten das lebensbegleitende Lernen ermöglichen und unterstützen“. Das geplante Gesetz greife die aktuellen Herausforderungen für die gemeinwohlorientierte Weiterbildung auf und berücksichtige sie in der zukünftigen Ausrichtung der Landesförderung. Die institutionelle Förderung von Einrichtungen werde deutlich verbessert. „Flexibilität und Innovationskraft“ würden durch zusätzliche Förderinstrumente gestärkt.

Neue Abgeordnete

Der Präsident des Landtags, André Kuper, hat am 16. Juni 2021 Marina Dobbert (SPD) als Abgeordnete verpflichtet. Die 63-jährige Arbeitsvermittlerin ist zuständig für den Wahlkreis Solingen I. Präsident Kuper gratulierte der neuen Abgeordneten und sagte: „Auf gute Zusammenarbeit zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger Nordrhein-Westfalens.“ Marina Dobbert rückt von der SPD-Landesliste für Rüdiger Weiß nach, der sein Mandat niedergelegt hatte.

Foto: Schälte





Kernkraft

30.6.2021 – Die AfD-Fraktion fordert in einem Antrag (17/14268) den Erhalt der deutschen Kernkraftwerke. Die Landesregierung solle sich „gegenüber der Bundesregierung, dem Deutschen Bundestag und dem Deutschen Bundesrat dafür einsetzen, dass die geplante Abschaltung der Kernkraftwerke in Deutschland durch den von der Bundesregierung geplanten sogenannten Atomausstieg verhindert wird“. Zudem solle das Kernkraftwerk Emsland über den 31. Dezember 2022 hinaus am Netz bleiben. Strom aus Kernenergie sei eine „grundlastfähige Energiequelle, welche für Netzsicherheit in Deutschland und dem Europäischen Stromverbundnetz“ Sorge. Zudem biete Kernenergie „hochwertige Arbeitsplätze“ und sei „auch in Hinsicht auf die Gewerbesteuererinnahmen von haushaltspolitisch hoher Bedeutung“. Der Antrag wurde mit den Stimmen der übrigen Fraktionen abgelehnt.

Hebammen

30.6.2021 – Die bisherige dreijährige fachschulische Hebammenausbildung soll durch ein duales Studium von mindestens sechs und höchstens acht Semestern ersetzt werden. Dies sehen neue bundesrechtliche Vorgaben vor. Zur Umsetzung hat die Landesregierung einen Gesetzentwurf (17/14305) eingebracht, den das Plenum in 1. Lesung beraten hat. Hebammen leisteten einen „unverzichtbaren Beitrag zur gesundheitlichen Versorgung von Frauen während der Schwangerschaft, bei der Geburt, während des Wochenbetts und der Stillzeit sowie von Neugeborenen und Säuglingen“, schreibt die Landesregierung. Ziel sei es, „den Hebammenberuf zukunftsgerecht weiterzuentwickeln, attraktiver zu gestalten und die Qualität der Ausbildung nachhaltig zu verbessern“. Der Gesetzentwurf wurde zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (federführend) überwiesen.

Tourismus

1.7.2021 – Die Corona-Pandemie habe dem NRW-Tourismus einen „historischen Einbruch

eingebrocht“, heißt es in einem Antrag von CDU und FDP (17/14283). Mit der Strategie „Vernetzt, digital, innovativ“ habe das Land bis zum Jahr 2019 zum zehnten Mal in Folge einen Gäste- und Übernachtungsrekord verzeichnet. Statt – wie im Jahr 2019 – 24,3 Millionen Gäste habe das Land im vergangenen Jahr nur 11 Millionen Gäste begrüßen können, davon weniger als 10 Prozent aus dem Ausland. Um „dieses pandemiebedingte, aktuelle Zwischentief“ zu überwinden, gelte es u. a., Konsequenzen für die Tourismusstrategie zu erarbeiten, die Branche bei ihren Nachhaltigkeits- und Klimaschutz-Bemühungen zu unterstützen, eine Vernetzung in die Regionen hinein zu intensivieren und auch grenzüberschreitend touristische Kooperationen mit den NRW-Nachbarländern deutlich auszuweiten. Der Antrag wurde mit den Stimmen von CDU, FDP und Grünen angenommen. Die AfD stimmte dagegen, die SPD enthielt sich.

Gleichstellung

1.7.2021 – Die Fraktionen von CDU und FDP wollen die rechtliche und gesellschaftliche Gleichstellung queerer Menschen in Nordrhein-Westfalen weiter stärken. Der von der Landesregierung verabschiedete Aktionsplan „Impulse 2020 – für queeres Leben in NRW“ trage bereits dazu bei, Bedarfe noch besser zu erkennen, heißt es in einem Antrag (17/14282), den das Plenum angenommen hat. Die Landesregierung solle Anlaufstellen und Angebote für LSBTIQ* (Abkürzung für: Lesben, Schwule, Bisexuelle, Trans-, Inter* und queere Menschen) auch in der Corona-Pandemie finanziell fördern. Dazu zählten u. a. psychosoziale Beratungs- und „Empowermentangebote“ zum Beispiel für geflüchtete LSBTIQ* und Black and People of Colour (BPoC). Die weitere Stärkung und der Ausbau der Selbstorganisationen von LSBTIQ*-Communitys solle geprüft werden. Für den Antrag stimmten CDU und FDP. Die AfD stimmte dagegen, SPD und Grüne enthielten sich. Ein Entschließungsantrag von SPD und Grünen (17/14361) wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Aktuelle Stunde

2.7.2021 – Der Landtag hat sich in einer Aktuellen Stunde mit der Auflösung des interdisziplinären „Expertenrats Corona“ der Landesregierung befasst. Die Grünen-Fraktion hatte die Aussprache beantragt (17/14356). Die Pandemie sei noch nicht vorbei, die Auflösung des Gremiums erscheine voreilig, heißt es in dem Antrag. Der „Expertenrat“ bestand aus Vertreterinnen und Vertretern aus Medizin, Rechtswissenschaft, Wirtschaftswissenschaft, Philosophie, Psychologie, Soziologie und Sozialarbeit. **Mehrdad Mostofizadeh** (Grüne) kritisierte, Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) habe die sechs Berichte des Rates dem Parlament nie zur Diskussion vorgelegt. Es sei falsch, mit der Auflösung des Rates das Signal zu senden, die Pandemie sei zu Ende. **Thorsten Schick** (CDU) sagte, dem Rat hätten renommierte Expertinnen und Experten angehört. Er sei nicht abgesetzt worden, sondern habe seinen abschließenden Bericht vorgelegt – eine gute Grundlage, auf der das Parlament diskutieren könne. **Lisa-Kristin Kapteinat** (SPD) sagte, dass der Expertenrat selbst davon ausgehe, noch gebraucht zu werden. Sie forderte dessen Wiedereinsetzung. „Hören Sie auf die Experten“, sagte die Abgeordnete in Richtung Ministerpräsident Laschet. **Susanne Schneider** (FDP) sagte, es gebe „keinen Beschluss zur aktiven Auflösung des Expertenrats“. Vielmehr habe das Gremium mit seiner sechsten Stellungnahme die Arbeit abgeschlossen. Die Landesregierung werde weiterhin Expertenwissen einbeziehen. **Dr. Martin Vincentz** (AfD) warf der Landesregierung vor, auf Mahnungen seiner Fraktion nicht gehört zu haben. Es seien „Chancen verpasst“ und Fehler gemacht worden. So habe die AfD früh gefordert, die vulnerablen Gruppen besser zu schützen. Ministerpräsident **Armin Laschet** (CDU) dankte dem Expertenrat für seine „ausgezeichnete Arbeit“. Er habe bereits Grundsätze formuliert, wie man mit möglicherweise steigenden Inzidenzen im Herbst umgehen solle. Der Opposition warf er ein „Klein-Klein in der Krise vor“, das dem Land schade.

Debatte um Polizeieinsatz

Aktuelle Stunde nach Demonstration gegen geplantes Versammlungsgesetz

1. Juli 2021 – Der Polizeieinsatz während einer Demonstration gegen das von der Landesregierung geplante Versammlungsgesetz am 26. Juni 2021 in Düsseldorf hatte ein Nachspiel im Landtag. Die Abgeordneten diskutierten auf Antrag von SPD und Grünen in einer Aktuellen Stunde. Zuvor hatte sich bereits der Innenausschuss in einer Sondersitzung mit dem Thema befasst.

Journalisten hätten Übergriffe der Polizei beklagt, heißt es im Antrag der SPD-Fraktion (17/14354): „Ein Fotograf der Deutschen Presse-Agentur berichtete, dass er demnach von einem Beamten mehrfach mit einem Schlagstock geschlagen worden sei.“ Es stehe „der schwerwiegende Vorwurf eines Angriffs auf die Versammlungsfreiheit und die Pressefreiheit im Raum“.

Gegen die Polizei würden erhebliche Vorwürfe aufgrund des Einsatzes erhoben, schreibt die Grünen-Fraktion in ihrem Antrag (17/14355). Beamtinnen und Beamte sollen „gewaltsam gegen Journalisten vorgegangen“ sein. Weitere Vorwürfe beträfen ein „unangemessen massives Eingreifen in die Versammlung“. Die Landesregierung müsse die Vorwürfe aufklären und Stellung beziehen.

Er habe Videoaufnahmen gesehen, auf denen die Polizei mit Absperrvorrichtungen beworfen worden sei, sagte SPD-Fraktionschef **Thomas Kutschaty**. Andere Bilder hätten gezeigt, dass die Polizei „sehr robust oder ruppig“ mit den Demonstrierenden umgegangen sei. Es stehe der Verdacht im Raum, dass Polizisten einen Journalisten mit Schlagstöcken angegriffen und ihm drei Schläge vor den Brustkorb versetzt hätten. Was genau passiert sei, werde die Staatsanwaltschaft ermitteln. Drei Schläge gegen einen Journalisten seien „drei Schläge gegen unsere demokratische Grundordnung zu viel“, sagte Kutschaty. Er kritisierte zudem das geplante Versammlungsgesetz.

Die Koalition habe „keinerlei Wertschätzung für Versammlungen als unabdingbares Element unserer Demokratie“, sagte Grünen-

Fraktionschefin **Verena Schäffer**. Im Kern gehe es um die „Ausrichtung der Einsatztaktik unserer Polizei“. In den 1980er-Jahren sei die NRW-Polizeistrategie grundlegend hin zu einer „bürger-nahen Polizei“ weiterentwickelt worden. Schäffer nannte u. a. die Stichworte „Deeskalation“ und „Kommunikation“. Mit dieser Linie genieße die NRW-Polizei bundesweit einen sehr guten Ruf. Der Innenminister setze die erfolgreiche Einsatztaktik für eine „robuste, repressiv ausgerichtete Polizei“ aufs Spiel.

„Freiheit und Sicherheit“

Gregor Golland (CDU) sprach von einem „Miss-trauen“ seiner Vorrednerin gegenüber staatlichen Sicherheitsbehörden, das „erschreckend“ sei. Die Gewalt bei der Demonstration sei vom Antifa-Block ausgegangen. Es sei richtig gewesen, gewaltbereite von friedlichen Teilen der Demo zu trennen. Zum Vorwurf polizeilicher Gewalt gegen einen Journalisten sagte Golland: „Das geht nicht, das dulden wir nicht, das klären wir auf.“ Das geplante Versammlungsgesetz bewahre die Balance zwischen Freiheit und Sicherheit und werde, wo nötig, optimiert. Es solle Störungen, Einschüchterung und Gewalt bei Versammlungen – wie zuletzt – gerade verhindern.

„Die Bilder erfüllen uns mit Sorge“, sagte **Marc Lürbke** (FDP). Die Vorgänge bei der Demonstration müssten sachlich und transparent aufgeklärt werden. Dazu müsse man beide Seiten hören und alle Fakten zusammentragen. Der Schutz der Grundrechte, der Meinungs- und Versammlungsfreiheit, aber auch der Polizei „gehört zur DNA der Freien Demokraten“

und der Koalition. Ziel sei ein ausbalanciertes, modernes Versammlungsgesetz. Die „reflex-hafte Reaktion“ der Grünen auf solche Vorfälle wie bei der Demo treibe einen Keil zwischen Polizei und Bürgerschaft. „Böse Zungen“ könnten sagen, SPD und Grüne würden Ereignisse instrumentalisieren.

Roger Beckamp (AfD) warf den Fraktionen von SPD und Grünen vor, es gehe ihnen nur vordergründig um die Demonstration. Vielmehr wollten sie gegen das geplante neue Versammlungsgesetz Stimmung machen und den Gesetzentwurf und die Polizei diskreditieren. Auch seine Fraktion sei nicht mit allem im Gesetzentwurf einverstanden. Aber es werde zu Unrecht der Eindruck erweckt, dass das geplante Gesetz die Versammlungsfreiheit massiv einschränken werde. Mit Blick auf die Demonstration betonte Beckamp, dass es tätliche Übergriffe auf Polizistinnen und Polizisten durch einen „gewalttätigen Mob“ gegeben habe.

Innenminister **Herbert Reul** (CDU) betonte, dass die Polizei bei der Demonstration „im Grundsatz einen richtigen Einsatz gefahren“ habe. Ursache des Ärgers seien nicht die Polizistinnen und Polizisten gewesen, sondern ein Teil der Demonstranten. Fehler, die passiert seien, würden aufgeklärt. Die Polizistinnen und Polizisten, die einen guten Job gemacht hätten, hätten aber seine Rückendeckung. Reul kritisierte, der Opposition gehe es nicht um eine Aufarbeitung der Demonstration, sondern sie nutze diese für eine „Generalkritik“ am geplanten Versammlungsgesetz. Dies sei eine „Scheindebatte auf dem Rücken der Polizistinnen und Polizisten“.

zab, sow, wib



Fotos: Schälte

Thomas Kutschaty (SPD)

Verena Schäffer (Grüne)

Gregor Golland (CDU)

Marc Lürbke (FDP)

Roger Beckamp (AfD)

Innenminister
Herbert Reul (CDU)

Schule und Schutzmasken

Aktuelle Stunde zur Tragepflicht im Unterricht

17. Juni 2021 – Der Landtag hat in einer Aktuellen Stunde über die pandemiebedingte Maskenpflicht in nordrhein-westfälischen Schulen debattiert. Anlass war ein Antrag der AfD-Fraktion.

Die Fraktion fordert ein Ende der Maskenpflicht („Lasst die Kinder endlich atmen: Die Masken müssen fallen!“; 17/14143). In Mecklenburg-Vorpommern beispielsweise dürften Schülerinnen und Schüler seit dem 9. Juni 2021 ohne Maske am Unterricht teilnehmen. In Nordrhein-Westfalen dagegen seien Kinder und Jugendliche „weiterhin dem Maskenzwang ausgesetzt und müssen beim Lernen Atembeschränkungen ertragen, die erwiesenermaßen zu gesundheitlichen Störungen führen können“.

Überall im Lande kehre das Leben zurück, sagte [Helmut Seifen](#) (AfD). Es gebe aber noch immer Menschen, die auf Erleichterungen verzichten müssten und „stundenlang von der Obrigkeit verordnet mit einer atemraubenden Maske vor Mund und Nase ihrer Arbeit nachgehen müssen“. Dazu gehörten Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte und anderes Personal an Schulen. Die Begründungen seien „faden-scheinig“. Jeder wisse, dass die pandemische Lage nicht mehr existiere – „wenn sie denn überhaupt existiert hat“. Seifen sprach von einer „schein-fürsorglichen Haltung“ der Landesregierung und einem „unkontrollierten Alarmismus“.

[Thorsten Schick](#) (CDU) kritisierte den Titel des AfD-Antrags. Die Schülerinnen und Schüler könnten atmen – im Gegensatz zu den „17.000 Menschen in Nordrhein-Westfalen, die in der Corona-Pandemie ihr Leben verloren haben“. In Deutschland seien es mehr als 90.000, weltweit mehr als 3,8 Millionen Menschen gewesen. Schick erinnerte an Patientinnen und Patienten, die nicht mehr eigenständig atmen konnten, „die intensivmedizinisch betreut wurden, die an Beatmungsmaschinen angeschlossen wurden und sich ganz mühsam wieder ins Leben zurückgekämpft haben“. Was die AfD-Fraktion veranstalte, sei ein „Schlag ins Gesicht der Betroffenen“.

Der Antrag zur aktuellen Debatte sei „unnötig“, kritisierte [Jochen Ott](#) (SPD). Am Montag, 21. Juni 2021, werde die Maskenpflicht auf Schulhöfen abgeschafft. Die Sommerferien stünden unmittelbar bevor, vielerorts sei hitzefrei. Klug wäre gewesen, danach zu fragen, wie es nach den Ferien weitergehe. Die Landesregierung versäume, Schulen einen klaren Rahmen zur Orientierung vorzugeben – etwa mit Blick auf Masken, Hygieneregeln, Co-

rona-Tests, Luftfilter, pädagogische Konzepte, außerschulische Lernorte und Lernrückstände, die aufgearbeitet werden müssten. „Pädagogik first ist das Gebot der Stunde.“

„Verantwortungsgefühl“

Der AfD-Antrag sei „unsäglich“, sagte [Franziska Müller-Rech](#) (FDP). Masken zu tragen, sei eine „Zumutung für uns alle“, aber angesichts der lebensbedrohlichen Risiken durch das Corona-Virus wiederum „zumutbar“. AfD-Politikerinnen und Politiker – auch im Landtag – unterwanderten die Pflicht zum Tragen von Schutzmasken. „Im Gegensatz zur AfD schaffen es unsere Schülerinnen und Schüler, die Masken zu tragen und zu ertragen – und zwar mit Fassung und ganz viel Verantwortungsgefühl“, sagte Müller-Rech. „Die Pandemie ist noch nicht beendet, auch wenn uns das Zwischenrufe von rechts immer wieder weismachen wollen.“

Seit dem Vortag stehe fest, dass Schülerinnen und Schüler künftig auf dem Schulhof keine Maske mehr tragen müssten, im Unterricht dagegen schon, sagte [Mehrdad Mostofizadeh](#) (Grüne). Das hätte man auch an anderer Stelle bereits zuvor diskutieren können, meinte er. Er regte an, für Tätigkeiten in geschlossenen Räumen Arbeitskräfte standardisiert zu testen, ebenso wie die Schülerinnen und Schüler in Nordrhein-Westfalen. Für eine solch inhaltliche Debatte brauche es keine Aktuelle Stunde. Der AfD gehe es nicht darum, Menschenleben zu retten, sondern um Effekthascherei. „Diese Aktuelle Stunde ist überflüssig und diese AfD auch“, schloss Mostofizadeh.

Schulministerin [Yvonne Gebauer](#) (FDP) betonte, sie trage eine Maske, weil diese schütze – nicht wegen einer von der AfD vermuteten Machtdemonstration der „Obrigkeit“. Gebauer zeigte sich entsetzt darüber, dass die AfD nach mehr als einem Jahr Pandemie diese noch leugne. Der Schulbesuch sei nicht freiwillig, deshalb müsse sie als Schulministerin ihrer Fürsorgepflicht den Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen in den Schulen gegenüber nachkommen. Es gehe um den größtmöglichen Gesundheitsschutz. Im Unterricht kämen drinnen viele Personen über einen längeren Zeitraum zusammen. Im Übrigen wolle auch niemand seinen ersehnten Urlaub gefährden.

zab, tob, sow

Foto: Schälte



Debatte um Verkehr und Luftbelastung

Aktuelle Stunde nach Vergleichen mit der Deutschen Umwelthilfe

18. Juni 2021 – Die Luftqualitätswerte und der Verkehr in Nordrhein-Westfalen standen im Mittelpunkt einer Aktuellen Stunde. Die Fraktionen von CDU und FDP hatten die Aussprache beantragt.

Hintergrund: Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) hatte in der Vergangenheit gegen die Luftreinhaltepläne mehrerer nordrhein-westfälischer Städte geklagt. Land, Kommunen und DUH hätten mittlerweile außergerichtliche Vergleiche geschlossen und sämtliche Klagen beendet. Damit seien Dieselfahrverbote in Nordrhein-Westfalen „höchstwahrscheinlich abgewendet“, heißt es im Antrag der Fraktionen (17/14144). Diese Einigungen seien „wichtige Erfolge für die Luftqualität und die individuelle Mobilität“. Erstmals seien 2020 die Werte in ganz Nordrhein-Westfalen eingehalten worden.

Rainer Deppe (CDU) betonte, dass alle drohenden Dieselfahrverbote im Land vom Tisch seien. Davon profitierten Millionen Autofahrerinnen und Autofahrer und mindestens genauso viele Menschen in den Städten, die nun sauberere Luft hätten. Die Pläne der rot-grünen Vorgängerregierung seien wirkungslos gewesen. In harter Arbeit habe die schwarz-gelbe Landesregierung es geschafft, alle 14 Klageverfahren einvernehmlich zu regeln. Auch künftig gehe es darum, die Umweltziele zu erreichen und zugleich Mobilität zu ermöglichen. Da sich nicht alle Menschen einen Neuwagen leisten könnten, müssten dabei alle Antriebsstoffe im Blick behalten werden.

Markus Diekhoff (FDP) sagte, Umweltministerin Ursula Heinen-Esser (CDU) habe einen „herausragenden Job“ gemacht. Schwarz-Gelb habe den Karren „aus dem Dreck“ gezogen, den Rot-Grün hinterlassen habe. Die Mobilität aller Bürgerinnen und Bürger sei sichergestellt worden, auch derer, die sich kein neues Auto leisten könnten. Die FDP sei weiter überzeugt davon, dass Fahrverbote ein „unnötiges und unwirksames“ Instrument seien. Umwelt und Mobilität seien keine Gegensätze. Der Mut zu gestalten und innovative Ideen würden den Bürgerinnen und Bürgern helfen und hätten zugleich positive Effekte auf Umwelt und Gesundheit.

„Rechtsstaatliches Handeln“

„Sie können heute hier Sektkorken knallen lassen, wie sie wollen“, sagte **André Stinka** (SPD) gegenüber der Landesregierung. „Jeder wird erkennen, dass Sie keinen Anteil an der Grenzwertsenkung haben.“ Grenzwerte einzuhalten

sei Teil des rechtsstaatlichen Handelns und kein besonderes Verdienst einer den Gesetzen verpflichteten Landesregierung. Sie versäume es, neue Maßnahmen zur Verringerung von Stickstoff-Emissionen vorzulegen. Weltweit würden rund 400.000 Menschen an den Emissionen sterben. Auch in Nordrhein-Westfalen müssten deutlich mehr Anstrengungen zur Verbesserung der Luftqualität organisiert werden.

Seine Vorredner von CDU und FDP hätten die „schamlosen Manipulationen der deutschen Automobilindustrie“ der vergangenen Jahre mit keinem Wort erwähnt, kritisierte **Arndt Klocke** (Grüne). Diese seien verantwortlich für das Überschreiten der Feinstaub-Grenzwerte gewesen. Die Einführung der grünen Umweltplakette wiederum habe zu einer massiven Absenkung geführt. Weitere politische Maßnahmen im Sinne einer breiten Verkehrs- und Mobilitätswende seien dringend notwendig – etwa die Umstellung auf Elektroantrieb im öffentlichen Personennahverkehr. „Der Schadstoffausstoß in unseren Städten ist viel zu hoch.“

Das Verkehrskonzept der Zukunft könne nur eine „möglichst grüne Welle für Autos“ sein, sagte **Christian Loose** (AfD). Fließender Verkehr statt Staus bedeute zwangsläufig einen geringeren Schadstoffausstoß. „Ein paar Tausend E-Autos bei über 10 Millionen Verbrennerautos hier in NRW“ könnten keinen nennenswerten Beitrag dazu leisten. CDU und FDP jubelten „über Maßnahmen der Landesregierung wie Infrastruktur für E-Mobilität, Elektrobusse und Wasserstoffantrieb“. Loose sprach von „Geldverschwendung in Milliardenhöhe“, von einer „Märchenpolitik mit Techniken aus dem Jahre 1838“.

„Der Montag war ein erfolgreicher Tag für uns in Nordrhein-Westfalen“, sagte Umweltministerin **Ursula Heinen-Esser** (CDU). An diesem Tag sei das letzte von insgesamt 14 Klageverfahren mit der Deutschen Umwelthilfe beendet worden. Man habe Positives für die Luft im Land und die Gesundheit der Menschen erreicht, Mobilität gesichert und darüber hinaus gezeigt, „wie moderne, innovative Umweltpolitik funktioniert“. Der „Schlüssel zur Lösung“ seien „umweltsensitive Ampelschaltungen“, sagte die Ministerin. Die SPD-Fraktion rede den Erfolg klein, weil sie ihn nicht wahrhaben wolle.

wib, tob, zab



Foto: Schälte

Lichter der Erinnerung – Nordrhein

30. Juni 2021 – Mit einer bewegenden Veranstaltung hat Nordrhein-Westfalen der Opfer der Corona-Pandemie gedacht. Die zentrale Gedenkstunde des Landes fand im Plenarsaal des Landtags statt. Im ganzen Land waren die Fahnen als Zeichen der Trauer auf Halbmast gesetzt. Die Gedenkstunde stand aber auch im Zeichen des Dankes an die vielen Helferinnen und Helfer und der Hoffnung auf eine Besserung der pandemischen Lage.

Die Spitzen der drei nordrhein-westfälischen Verfassungsorgane, eine Angehörige, Ärztinnen und Ärzte, Pflegekräfte und eine Seelsorgerin – sie alle zündeten Kerzen der Erinnerung für die mehr als 17.000 Menschen an, die in Nordrhein-Westfalen an oder mit Corona verstorben sind. An der Gedenkstunde nahmen die Abgeordneten des Landtags und die Landesregierung teil. Mit einer Schweigeminute gedachten die Anwesenden der Opfer.

Stellvertretend für alle Helferinnen und Helfer in der Pandemie waren Ärztinnen und Ärzte sowie Pflegekräfte und Seelsorger der Universitätsklinik Düsseldorf in den Plenarsaal gekommen. Eine junge Mutter, die eine Covid-Erkrankung während der Schwangerschaft und der Geburt überstanden hatte, und eine Angehörige eines Corona-Verstorbenen nahmen ebenfalls teil. Vertreten waren zudem Hilfsorganisationen, die Bundeswehr, die Kirchen und weitere Verbände.

Mit einem kurzen Film wurde an die Anfänge der Pandemie in Nordrhein-Westfalen erinnert, an medizinisches Personal, das oft am Ende seiner Kräfte war, an geschlossene Schulen, Kitas und leere Innenstädte. Ein weiterer Film stellte den Kampf der Menschen in Nordrhein-Westfalen gegen die Pandemie in den Mittelpunkt: die teils ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer in Krankenhäusern, Pflegeeinrichtungen, Testzentren und Impfzentren sowie die vielen



Der Präsident des Landtags, André Kuper, erinnerte an das Leid, die Ängste und die Sorgen in der Pandemie.



Die Spitzen der drei Verfassungsorgane zündeten Kerzen für die Verstorbenen an: Landtagspräsident André Kuper (v. r.), Verfassungsgerichtspräsidentin Prof. Dr. Dr. h. c. Barbara Dauner-Lieb und Ministerpräsident Armin Laschet. Im Hintergrund: die Mitglieder der Landesregierung.



-Westfalen gedenkt der Corona-Opfer

Bürgerinnen und Bürger, die auch im Lock-down die Versorgung der Menschen im Land aufrechterhielten.

Der Präsident des Landtags, André Kuper, erinnerte an das Leid, die Ängste und Sorgen seit Beginn der Pandemie. „Die Trauer und der Schmerz sind in der Welt, wahrlich in der ganzen Welt. Diese Stunde des Gedenkens, des Innehaltens und der Trauer, zugleich der Vergewisserung und der Zuversicht, verpflichtet und verbindet alle Menschen in unserem Land über Ort und Zeit und Generationen hinaus.“

„Vertrauen, Liebe, Hoffnung“

„Wir betauern die Opfer der Pandemie und vergessen ihr Leiden nicht“, sagte Pfarrerin Simone Bakus, Klinikseelsorgerin im Universitätsklinikum Düsseldorf. Sie gab aber auch



Ministerpräsident Laschet und Landtagspräsident Kuper trugen sich in das „Goldene Landesbuch Nordrhein-Westfalen“ ein.

Hoffnung: „Wir Menschen haben die Fähigkeit, durch schwere Zeiten hindurch innerlich zu wachsen.“ Vertrauen, Liebe und Hoffnung gä-



Ministerpräsident Laschet dankte den „Heldinnen und Helden“ der Corona-Pandemie.

ben die Kraft, die Corona-Pandemie zu bestehen und zu überwinden.

„Wir hatten eine ungewöhnlich lange Zeit des Friedens, des Wohlstands und der Freiheit ohne allzu dramatische Einschnitte und Umbrüche“, sagte Prof. Dr. Dr. h.c. Barbara Dauner-Lieb, Präsidentin des Verfassungsgerichtshofs für das Land Nordrhein-Westfalen. Vielleicht habe Corona die Menschen auch deshalb so erschüttert: „Wir waren auf solch eine Krise nicht vorbereitet.“

Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) erinnerte an die Schicksale, die sich hinter der Zahl der mehr als 17.000 Corona-Verstorbenen verbergen. Dahinter stünden individuelle Lebensgeschichten. Jede sei einzigartig und mit anderen Leben verbunden. Der Ministerpräsident sprach den Angehörigen sein tief empfundenes Beileid aus: „Unser Land trauert mit Ihnen.“ Laschet dankte zugleich den „Heldinnen und Helden“, die Übermenschliches geleistet hätten, um Leben zu retten, Leid zu lindern und zu helfen.

red

Fotos: Schälte



Laufende Gesetzgebung

Reihenfolge: Name des Gesetzes | Drucksachennummer | Antragsteller | ggf. federführender Ausschuss | Beratungsstand

Gesetz zur Änderung der Landesbauordnung 2018 | 17/12033, 17/14320 | Landesregierung | 2. Lesung am 30. Juni 2021 | verabschiedet

Gesetz zur Weiterentwicklung des Weiterentwicklungsgesetzes (WbG-Weiterentwicklungsgesetz) | 17/12755, 17/14327 Neudruck, 17/12852, 17/14360 Neudruck | CDU, SPD, FDP, Grüne | 2. Lesung am 30. Juni 2021 | verabschiedet

Gesetz zur Änderung der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) | 17/13064 | Grüne | 2. Lesung am 30. Juni 2021 | abgelehnt

Gesetz zur Änderung des Landesplanungsgesetzes Nordrhein-Westfalen, des Landesforstgesetzes und des Verwaltungsverfahrensgesetzes | 17/11624, 17/14322, 17/14379 | Landesregierung | 2. Lesung am 30. Juni 2021 | verabschiedet

Gesetz zur Änderung des Landesbeamtengesetzes | 17/13665 | Landesregierung | 2. Lesung am 30. Juni 2021 | verabschiedet

Gesetz zur Änderung des Hafensicherheitsgesetzes | 17/13664 | Landesregierung | 2. Lesung am 30. Juni 2021 | verabschiedet

Gesetz zur Neuregelung des Landesreisekostenrechts sowie zur Anpassung einer beihilferechtlichen Regelung im Landesbeamtengesetz | 17/14306 | Landesregierung | 1. Lesung am 30. Juni 2021 | Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss

Gesetz zur Umsetzung der Akademisierung des Hebammenberufs in Nordrhein-Westfalen und zur Anpassung weiterer landesrechtlicher Regelungen | 17/14305 | Landesregierung | 1. Lesung am 30. Juni 2021 | Überweisung an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Gesetz zur Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften | 17/14304 | Landesregierung | 1. Lesung am 30. Juni 2021 | Überweisung an den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen

Gesetz zur Umsetzung des Anästhesietechnische- und Operationstechnische-Assistenten-Gesetzes in Nordrhein-Westfalen (ATA-OTA-G) | 17/14303 | Landesregierung | 1. Lesung am 30. Juni 2021 | Überweisung an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Gesetz zur Neufassung des Klimaschutzgesetzes Nordrhein-Westfalen | 17/12976, 17/14325, 17/14362 | Landesregierung | 2. Lesung am 1. Juli 2021 | verabschiedet

Klimaanpassungsgesetz Nordrhein-Westfalen (KlAnG) | 17/12977 | Landesregierung | 2. Lesung am 1. Juli 2021 | verabschiedet

Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Baugesetzbuches in Nordrhein-Westfalen | 17/13426 | Landesregierung | 2. Lesung am 1. Juli 2021 | verabschiedet

Gesetz über den interkollegialen Ärzteaustausch bei Kindeswohlgefährdung – Änderung des Heilberufsgesetzes (HeilBerG) – | 17/14280 | CDU und FDP | 1. Lesung am 1. Juli 2021 | Überweisung an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Gesetz zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe und Integration in Nordrhein-Westfalen (Teilhabe- und Integrationsgesetz – TIntG) | 17/14243 | Landesregierung | 1. Lesung am 2. Juli 2021 (Beschluss nach Redaktionsschluss)

Gesetz zur Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes und zu Ausgleichszahlungen für geduldete Personen | 17/14244 | Landesregierung | 1. Lesung am 2. Juli 2021 (Beschluss nach Redaktionsschluss)

Gesetz zur Stärkung des Wohnungswesens in Nordrhein-Westfalen (Wohnraumstärkungsgesetz – WohnStG) | 17/12073, 17/14118 | Landesregierung | 2. Lesung am 16. Juni 2021 | verabschiedet

Gesetz zur Änderung des Landeswahlgesetzes in Nordrhein-Westfalen – Einführung einer paritätischen Aufstellung der Wahllisten mit Frauen und Männern | 17/7753 | SPD und Grüne | 2. Lesung am 16. Juni 2021 | abgelehnt

Gesetz zur Umsetzung des Glücksspielstaatsvertrages 2021 | 17/12978, 17/13980 | Landesregierung | Hauptausschuss | 2. Lesung am 16. Juni 2021 | verabschiedet

Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen | 17/12383 | AfD | 2. Lesung am 16. Juni 2021 | abgelehnt

Gesetz über Zuständigkeiten und zur Umsetzung des vereinheitlichten Energieeinsparrechts für Gebäude (GEG-Umsetzungsgesetz – GEG-UG NRW) | 17/12424 | Landesregierung | 2. Lesung am 16. Juni 2021 | verabschiedet

Gesetz zur Änderung des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes NRW und zur Änderung weiterer Gesetze | 17/11622, 17/14121 | Landesregierung | 2. Lesung am 16. Juni 2021 | verabschiedet

Gesetz zur Anpassung der Alimentation kinderreicher Familien sowie zur Änderung weiterer dienstrechtlicher Vorschriften | 17/14100 | Landesregierung | 1. Lesung am 16. Juni 2021 | Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss

Gesetz zur Änderung des Gesetzes zum Schutz der Natur in Nordrhein-Westfalen | 17/14066 | Landesregierung | 1. Lesung am 17. Juni 2021 | Überweisung an den Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz

Gesetz zur Einführung eines Fahrrad- und Nahmobilitätsgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen sowie zur Änderung des Straßen- und Wegegesetzes | 17/13977 | Landesregierung | 1. Lesung am 18. Juni 2021 | Überweisung an den Verkehrsausschuss

Gesetz über die Architektenkammer Nordrhein-Westfalen und die Ingenieurkammer-Bau Nordrhein-Westfalen (Baukammerngesetz – BauKaG NRW –) | 17/13799 | Landesregierung | Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Berufsqualifikationsfeststellungsgesetzes NRW und zur Änderung weiterer Vorschriften | 17/13663 | Landesregierung | Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales | in Beratung

Gesetz zum Erlass eines Kulturgesetzbuches sowie zur Änderung und Aufhebung weiterer Vorschriften (Kulturrechtsneuordnungsgesetz) | 17/13800 | Landesregierung | Ausschuss für Kultur und Medien | in Beratung

Zweites Gesetz zur Änderung des Juristenausbildungsgesetzes Nordrhein-Westfalen | 17/13357 | Landesregierung | Rechtsausschuss | in Beratung

Zweites Gesetz zur Änderung des Korruptionsbekämpfungsgesetzes und weiterer Gesetze | 17/13240 | Landesregierung | Innenausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Landesrichter- und Staatsanwaltegesetzes – LRiStaG | 17/13063 | Grüne | Rechtsausschuss | in Beratung

Gesetz zur Erhöhung der parlamentarischen Transparenz und zur Bekämpfung der parlamentarischen Korruption | 17/13070 | SPD | Hauptausschuss | in Beratung

Gesetz zur Durchführung strafrechtsbezogener Unterbringungen in einem psychiatrischen Krankenhaus und einer Entziehungsanstalt in Nordrhein-Westfalen (Strafrechtsbezogenes Unterbringungsgesetz NRW – StrUG NRW) | 17/12306 | Landesregierung | Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales | in Beratung

Gesetz zur Einführung eines nordrhein-westfälischen Versammlungsgesetzes und zur Änderung weiterer Vorschriften (Versammlungsgesetz-Einführungsgesetz NRW – VersGEinfG NRW) | 17/12423 | Landesregierung | Innenausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung des § 58 der Gemeindeordnung und des § 41 der Kreisordnung des Landes Nordrhein-Westfalen | 17/12059 | AfD | Rechtsausschuss | in Beratung

Versammlungsfreiheitsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen | 17/11673 | SPD | Innenausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Landeswahlgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen | 17/9801 | AfD | Hauptausschuss | in Beratung

Gesetz zur Erleichterung des Zugangs zu amtlichen Informationen in Nordrhein-Westfalen | 17/8722 | Grüne | Innenausschuss | in Beratung

Gesetz zur Abschaffung von Straßenausbaubeiträgen | 17/4115 | SPD | Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen | in Beratung

Windkraft und Akzeptanz

Anhörung im Fachausschuss zu geplanter Gesetzesänderung

31. Mai 2021 – Die Landesregierung plant Änderungen beim Baugesetzbuch. Konkret geht es um Mindestabstände von Windenergieanlagen zur Wohnbebauung. 1.000 Meter sieht der Gesetzentwurf vor. Allerdings sollen Gemeinden mittels ihrer Bauleitplanung von der Regel abweichen und geringere Abstände zulassen können. Das Gesetz wurde am 1. Juli 2021 mit den Stimmen von CDU und FDP verabschiedet. Im Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen hatten sich zuvor Sachverständige dazu geäußert.

Die Leistungsfähigkeit und die Größe von Windenergieanlagen hätten sich seit Einführung des sogenannten Privilegierungstatbestandes zum 1. Januar 1997 grundlegend geändert, heißt es im Gesetzentwurf der Landesregierung (17/13426). Ende der 1990er-Jahre seien Anlagen mit einer Gesamthöhe von bis zu 100 Metern gängig gewesen, die Höhe der aktuellen Generation liege bei mehr als 200 Metern. Auch die Durchmesser der Rotoren seien deutlich größer geworden. Dies habe Auswirkungen auf die Akzeptanz innerhalb der Bevölkerung.

Der Gesetzentwurf lasse den Kommunen „weitgehend Spielräume bei der bauleitplanerischen Steuerung von Windenergieanlagen“, schreibt die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände in ihrer Stellungnahme für den Ausschuss. Würden aber neue Anlagen mit einem geringeren Abstand als 1.000 Meter geplant, sei dies auf der anderen Seite mit zusätzlichem Aufwand verbunden. Nachteile sieht die Arbeitsgemeinschaft für das „Repowering“ – also das Ersetzen alter Anlagenteile durch neue, um etwa einen höheren Wirkungsgrad zu erzielen. In vielen Fällen dürften diese Anlagen nicht mehr am alten Standort privilegiert errichtet werden.

Klimaschutz

Der Gesetzentwurf trage „weder den Notwendigkeiten eines naturverträglichen Ausbaus der Windenergienutzung als Beitrag zum Klimaschutz Rechnung, noch dem Willen eines Großteils der Bevölkerung“, heißt es in einer Stellungnahme des BUND. Zwar sei die ursprünglich vorgesehene Regelung, nach der ein 1.000-Meter-Mindestabstand von Windenergieanlagen zu Wohnnutzungen ab einer Ansammlung von 10 Häusern gelten sollte, zurückgenommen worden: „Doch auch die jetzt vorgesehenen Festlegungen wären ein weiterer Rückschlag auf dem Weg zu einem klimaneutralen Nordrhein-Westfalen.“ Man lehne „pauschale Mindestabstandsregelungen“ generell ab.

Diese Haltung vertreten auch der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (bdew) sowie der Verband Kommunaler Unternehmen (VKU). Gleichwohl sehe man „eine Weiterentwicklung des Referentenentwurfs“ und begrüße einige Verän-

derungen sowie den Vorstoß, mehr Rechtssicherheit und Planungssicherheit für zukünftige Windprojekte zu schaffen, heißt es in der bdew-Stellungnahme. Positiv sei, „dass bestehende Flächennutzungspläne von den Abstandsregelungen ausgenommen werden sollen“, so der VKU.

Hubertus Nolte, Sprecher des Landesverbandes „Vernunftkraft NRW“, sieht im Gesetzentwurf die „konsequente Umsetzung der Wahlversprechen und Absichtserklärung unserer Landesregierung“. Die Menschen in Städten und Dörfern würden geschützt. Anders sei es bei Menschen in Außenbereichen: „Viele von ihnen wohnen inzwischen an oder inmitten von großen Windparks. Diese gleichen immer mehr riesigen Industrieblöcken in damit technisch überprägten Landschaften.“ Mögliche Gesundheitsrisiken seien noch nicht genügend erforscht.

Der Gesetzentwurf sei ein „wichtiger Schritt, um die Akzeptanz der Anwohner zurückzugewinnen“, so der Rechtsanwalt Thomas Mock (Königswinter). Für Anwohner außerhalb geschlossener Ortschaften treffe dies allerdings nicht zu: „Sie bleiben einer erhöhten Rechtsunsicherheit ausgesetzt.“

Der Landesverband Erneuerbare Energien NRW bezeichnet die geplanten Regelungen als „restriktiv“. Sie erschweren nicht nur den Zubau neuer und den Austausch alter Anlagen, sondern gefährdeten auch die nordrhein-westfälischen Klimaschutzziele. Zudem bestehe „kein empirischer Zusammenhang zwischen höheren Abständen und einer steigenden Akzeptanz für die Windenergie“.

Foto: Schälte

In der Stellungnahme der Projektberatungsgesellschaft „Bäuerlicher BürgerWind“ heißt es in diesem Zusammenhang: „Akzeptanz wird erwiesenermaßen nicht durch Abstände, sondern durch Teilhabe am Windenergieprojekt geschaffen.“ Arno Wied, Dezernent für Bauen und Umwelt im Kreis Siegen-Wittgenstein, schreibt, „dass die Entfernung zwischen Windenergieanlage und Wohnnutzung nur ein eher nachrangiger Aspekt ist, wenn es um die Frage geht, ob diese Nutzung akzeptiert werden kann“.

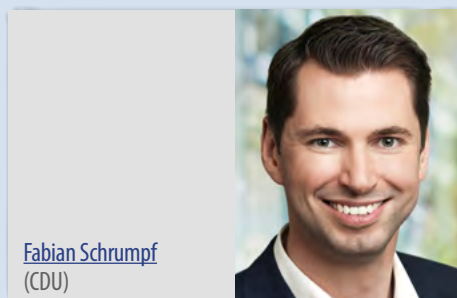
Rainer Busemann, Bürgermeister der Gemeinde Ense (Kreis Soest), hält einen 1.000-Meter-Mindestabstand bei Neuplanungen nicht für angebracht. Hätte diese Regelung bereits in der Vergangenheit gegolten, wären in Ense, so Busemann, nicht die aktuell 40 Windenergieanlagen entstanden, sondern lediglich drei. Die „dramatischste Entwicklung“ sehe er jedoch beim Repowering. Würde es „unter die gleiche restriktive Abstandsregelung wie bei der Neuplanung“ gestellt, würden die alten Anlagen an ihren Standorten bleiben. Damit sei niemandem geholfen. **zab**

Mehr zum Thema lesen Sie auf den [Seiten 14 und 15](#).

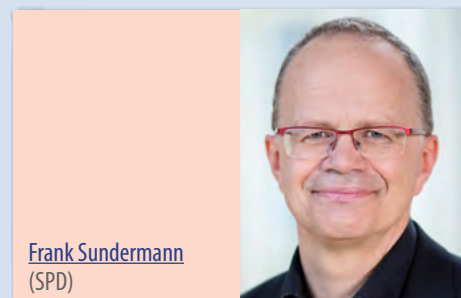
SCHWERPUNKT

Standpunkte

Meinungen zum Thema „Windenergie“



Fabian Schrupf
(CDU)



Frank Sundermann
(SPD)

Windenergie ...

... ist für das Gelingen der Energiewende unerlässlich. Als Energieland Nummer eins übernimmt NRW sowohl beim Ausstieg aus der Kohleverstromung als auch beim Ausbau der Erneuerbaren eine verantwortungsvolle Rolle. Dabei ist es der NRW-Koalition ein wichtiges Anliegen, dass der Zielkonflikt zwischen Ausbau und Akzeptanz bestmöglich gelöst wird. Dafür schafft dieses Gesetz eine gute Grundlage.

... ist neben der Photovoltaik das Zugpferd der Energiewende. Sie muss durch politisches Handeln gestärkt werden und braucht Planungssicherheit mit guten Rahmenbedingungen. So kann Klimaschutz Arbeitsplätze in NRW sichern. Die Landesregierung steht jedoch auf der Bremse. Die Beschäftigten in der Windkraftindustrie haben ein Ende des Blindflugs in der Energiepolitik von Schwarz-Gelb verdient.

Abstände ...

... tragen zur Akzeptanz und Rechtssicherheit bei. Uns nützen keine potenziellen Standorte für Windenergieanlagen, um die es jahrelange Auseinandersetzungen vor Gericht gibt. Wir wollen die Energiewende mit den Menschen im Land statt gegen sie gestalten. Deshalb muss Ausbau einerseits, aber auch der Schutz von Anwohnern und Natur andererseits ermöglicht werden.

... zu Windkraftanlagen müssen planungsrechtlich individuell geregelt sein, da pauschale Abstände die Akzeptanz verringern. Das jahrelange Rumeiern bei den Abstandsregeln und die nun vorgelegte 1.000-Meter-Regelung zeigen, dass die Landesregierung den Ausbau der Windkraft eher verhindern als fördern will. Das erschwert den Bau neuer Anlagen und damit die Einhaltung der Klimaschutzziele.

Repowering ...

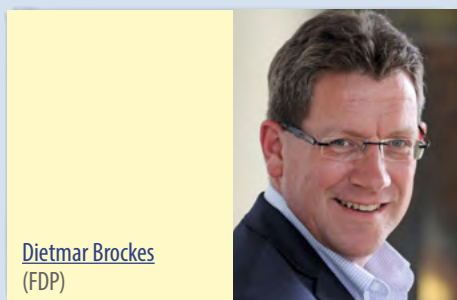
... bedeutet die bestmögliche Ausnutzung bestehender Standorte und mehr Erträge trotz einer deutlich geringeren Anzahl an Anlagen. Denn moderne Anlagen bringen heute deutlich mehr Leistung. Deshalb sollen Kommunen festlegen können, dass Anlagen bei Repowering auch zurückgebaut werden können. So entlasten wir unsere Bürger in Regionen, die schon viel zum Ausbau der Windenergie beitragen.

... wird durch die Landesregierung massiv erschwert. Ohne die Erneuerung von Altanlagen ist die Energieversorgungsstrategie Nordrhein-Westfalens gefährdet. CDU und FDP verhindern so wesentliche Ausbaupotenziale. Sie ignorieren die Chancen einer regionalen Wertschöpfung und die Schaffung von Beschäftigung im ländlichen Raum.

Anwohnerinnen und Anwohner ...

... haben berechnete Schutzinteressen. Die Energiewende und der Ausbau von Anlagen wird nur gemeinsam mit den Menschen vor Ort gelingen. Das Gesetz ist im Ergebnis ein Beispiel für eine Politik, die zuhört, abwägt und ausgleicht. So schaffen wir einen Ausbau der Windenergie mit Tempo und Akzeptanz – mit Maß und Mitte und gemeinsam mit der Industrie und der Bevölkerung.

... können und sollen durch klare und eindeutige Regeln vor den Beeinträchtigungen der Windkraft geschützt werden. Deshalb braucht es mehr Rechtssicherheit bei der räumlichen Steuerung der Windenergie und eine enge Zusammenarbeit zwischen Land und Kommunen. Die Landesregierung verweigert jedoch die Kooperation und schiebt die Rechtsunsicherheiten auf die Kommunen. Das bremst den Windkraftausbau.

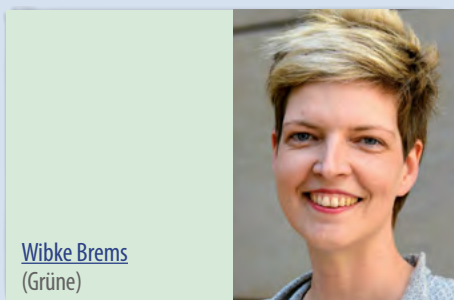


... ist Teil der Energiewende, die wir konsequent und akzeptanzgesichert umsetzen. Dank unseres Einsatzes wurden in 2020 in NRW Windenergieanlagen mit einer Leistung von rund 285 Megawatt in Betrieb genommen, wodurch unser Land mit weitem Abstand im Bundesvergleich den Spitzenplatz belegt. Die Windkraft leistet ihren Beitrag zur Erfüllung des Pariser Klimaschutzplans.

... sind ein wichtiges Instrument, um die Akzeptanz der Anwohnerinnen und Anwohner zu erhalten. Die Windenergieanlagen sind mittlerweile mit über 200 Metern höher als der Kölner Dom. Ein größeres Maß an gefühlter Bedrängung, die Besorgnis um Gesundheitsgefährdung und die dauerhafte Beeinträchtigung der direkten Umgebung gefährden die grundsätzliche Akzeptanz der Bevölkerung.

... bedeutet, dass ältere Anlagen gegen moderne, leistungsfähigere Modelle ausgetauscht werden. So kann die Fläche bei reduzierter Anlagenzahl effizienter genutzt werden. Mit dem Gesetzentwurf sollen die Kommunen dort, wo die lokale Akzeptanz für Windenergieanlagen groß ist, über das bewährte Mittel der Bauleitplanung den Schutzabstand unterschreiten können.

... werden mit dem Gesetzentwurf ganz wesentlich geschützt. Das wurde in der Anhörung von Bürgerinitiativen so bestätigt: Nach dem Gesetzentwurf der NRW-Koalition müssen neue Anlagen über einen Schutzabstand von 1.000 Metern zur Wohnbebauung verfügen. Dieser Abstand gilt zu Wohngebäuden in Gebieten mit Bebauungsplänen und innerhalb bebauter Ortsteile.

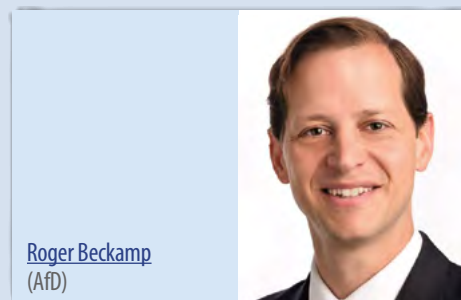


... ist neben der Photovoltaik die zentrale Säule unserer künftigen Energieversorgung. Ohne den beschleunigten Ausbau der Windenergie werden Deutschland und NRW die Klimaschutzziele nicht erreichen. Ausbauhemmnisse müssen deshalb konsequent abgebaut werden, ansonsten entgehen auch den in diesem Bereich tätigen Unternehmen und Stadtwerken und damit dem Land Investitionen in Milliardenhöhe.

... zwischen Windenergieanlagen und Wohnbebauung müssen projektspezifisch und auf Basis von Immissionsschutzgesetzen geregelt werden. Pauschale Abstandsvorgaben sind der falsche Weg. Sie reduzieren die Flächen, auf denen Windenergieanlagen gebaut werden können, deutlich. Einen positiven Effekt auf die Akzeptanz vor Ort haben sie dagegen nachweislich nicht. Dafür gibt es bessere Instrumente.

... der Ersatz alter Anlagen durch leistungsstärkere – ist ein Schlüssel, um die Windenergieleistung schnell zu steigern. Bestehende Standorte sind meist breit akzeptiert und in Bezug auf Arten- und Naturschutz wesentlich unproblematischer. Dass für diese Projekte die gleichen Anforderungen gelten wie für neue Projekte, ist absurd und macht die Landesregierung vollends unglaubwürdig.

... müssen bei der Planung von Beginn an transparent, offen und fair einbezogen werden. Sie müssen zudem von den Anlagen in ihrer Nähe profitieren – sei es über Zuschüsse an die Kommune, verbilligte Stromtarife, einen Anwohnerbonus oder die Möglichkeit, selbst in die Anlagen zu investieren. Windenergieprojekte könnten auf diese Weise vor Ort sehr breit akzeptiert werden.



... ist mit hohen Erwartungen an die Energie- und Klimawende verbunden. In den letzten 20 Jahren vollzog sich eine massive Veränderung der Größenordnungen: Es handelt sich heute nicht mehr um – freundlich umschrieben – „Windmühlen“, sondern um großindustrielle Windenergieanlagen, die mit der Konzentration in Windparks massive Veränderungen des Bildes wertvoller landschaftlicher Kulturräume bewirken.

... zu anderen Nutzungen sind erforderlich, um Natur, Landschaft und Infrastrukturen vor beeinträchtigenden Wirkungen zu schützen. Höchstrichterliche Urteile haben wichtige Vorgaben geschaffen, die die Beachtung von „harten“ und „weichen“ Tabubereichen für die Windenergienutzung als notwendige Restriktionen anerkennen. Der Ausschluss von Flächen und die Einhaltung von Abständen sind darum erforderlich.

... bedeutet den Ersatz von Altanlagen durch neue und leistungsfähigere Anlagen. Da die ersten, damals noch kleinen Anlagen in vergleichsweise geringen Abständen zur Wohnbebauung entstanden, sind Konflikte mit den dort lebenden Menschen vorprogrammiert, wenn an deren Standorten nun größere Anlagen entstehen sollen. Auch hier müssen die berechtigten Interessen der Bewohner berücksichtigt werden.

... haben ein Recht auf Schutz ihrer Gesundheit, ihrer Lebensqualität und ihres Eigentums vor Wertverlust. Der Forschungsstand zu den Auswirkungen der Windenergienutzung ist trotz des bereits erreichten hohen Ausbaustandes in Deutschland bedauerlicherweise völlig unzureichend geblieben. Hier besteht ein dringender Nachholbedarf, um eine angemessene Interessenabwägung gewährleisten zu können.

Gestatten, ich heiße ... Helene! –

8. Juni 2021 – Einige Wochen nach ihrer „Geburt“ war die Eule des Landtags namenlos. Bis Schülerinnen und Schüler im ganzen Land sich Gedanken machten und dem Parlament viele kreative Ideen zusendeten. Am Ende des Wettbewerbs „Gestatten, ich heiße ...?“ entschied dann das Präsidium: Die Eule heißt Helene.

Helene wird Schülerinnen und Schüler ab sofort durch das Bildungsprogramm des Parlaments begleiten. Die Eule war von der Illustratorin Vera Brüggemann aus Bielefeld für den Landtag geschaffen worden. Den Namen sollten diejenigen aussuchen, die Helene künftig begleiten wird: die Grundschülerinnen und Grundschüler.

Und so startete der Präsident des Landtags, André Kuper, im April einen Wettbewerb, der sich an alle 4. Klassen in Nordrhein-Westfalen richtete. Bis 31. Mai 2021 sollten sie Ideen für einen Eulennamen einreichen.

Die Resonanz war überwältigend: Nicht nur wurden 185 Namensvorschläge eingesendet. Die Schülerinnen und Schüler schickten

dem Präsidenten auch viele gemalte Eulenbilder sowie aufwendige Bastelarbeiten wie Eulen aus Pappmaché und Stoff sowie Videos. Der Kreativität waren keine Grenzen gesetzt.

„Lale“ und „Alberta Umsicht“

Am 8. Juni 2021 beriet Präsident Kuper mit den Vizepräsidentinnen Carina Gödecke und Angela Freimuth sowie Vizepräsident Oliver Keymis über alle 185 Namensvorschläge. Das Präsidium entschied sich für „Helene“ – den Vorschlag der Klassen 4c und 4d der St. Markus Grundschule Bedburg-Hau. Den zweiten Platz belegte die Schule für Circuskinder in NRW der Evangelischen Kirche im Rheinland (Schü-

ler des Circus Jonny Casselly) mit dem Namen „Lale, die Landtagseule“. Der dritte Platz ging an die Hohwart Grundschule Dortmund (4a/Fuchsklasse) für den Vorschlag „Alberta Umsicht“.

Präsident Kuper sagte: „Der vorgeschlagene Name Helene der Grundschule St. Markus hat das Präsidium überzeugt. Er ist angelehnt an Helene Weber, eine der ‚Mütter des Grundgesetzes‘. Damit steht der Name für eine Grundlage unserer Demokratie und die Eule steht als Tier für Weisheit. Die kreativen Namensvorschläge sowie die vielen Eulenbilder und Bastelarbeiten haben uns gezeigt, dass sich die Schülerinnen und Schüler intensiv mit Nordrhein-Westfalen, dem Parla-



Das Präsidium des Landtags wählte am 8. Juni 2021 den Namen „Helene“ unter 185 Vorschlägen aus. Präsident André Kuper (v. l.), die Vizepräsidentinnen Carina Gödecke und Angela Freimuth und Oliver Keymis freuten sich auch über die vielen schönen Bastelarbeiten. Foto: Schälte

Eule des Landtags nicht mehr namenlos

ment und der Demokratie auseinandergesetzt haben. Der Namenswettbewerb war nicht nur für die Grundschulen ein Lichtblick in dieser Pandemiezeit, auch uns hat er sehr viel Freude bereitet.“

Geld für die Klassenkasse

Wegen der Corona-Pandemie konnte im Landtag keine große Preisverleihung stattfinden. Am 30. Juni 2021 empfing der Präsident aber Vertreterinnen und Vertreter der drei Sieger-



Der Präsident des Landtags, André Kuper, begrüßte am 30. Juni 2021 Vertreterinnen der drei Siegerschulen im Empfangsraum und übergab die Pokale und Medaillen: die Schülerinnen Selma und Theresa von der Hohwart Grundschule Dortmund (Platz 3/v. l.) mit ihren Müttern Saskia Uyanik und Sandra Ulrich. Die beiden Lehrerinnen Svenja Weigand und Veronika Peters von der St. Markus Grundschule Bedburg-Hau (Platz 1) und Schülerin Ilaine von der Schule für Circuskinder in NRW der Evangelischen Kirche im Rheinland (Platz 2) mit ihrer Lehrerin Silke Fislage.

Foto: Zanin

schulen und übergab die Pokale sowie Medaillen für alle siegreichen Schülerinnen und Schüler. Zudem gab es für die Siegerklasse sowie die Zweit- und Drittplatzierten Geld für die Klassenkasse in Höhe von insgesamt 3.000 Euro.

Der Landtag bietet ein umfangreiches Bildungsprogramm für Schülerinnen und Schüler der 4. Grundschulklassen an, das auf Initiative von Präsident Kuper seit 2017 stetig ausgebaut wurde. Dazu gehören Besuche von 4. Grundschulklassen im Landesparlament und Besuche des Präsidiums an Schulen in ganz Nordrhein-Westfalen.



Illustration:
Vera Brüggemann



Drei der vielen Bastelarbeiten, die eingesendet wurden (v. l.): KGS Carl-Sonnenschein-Schule Düsseldorf, Sonnenscheinschule Heinsberg und Bodelschwingschule Münster.



AUS DEN FRAKTIONEN

Foto: Schälte

Neustart für das Ehrenamt – bis zu 5.000 Euro pro Verein



Begeisterung beim Kinderkarneval – hoffentlich geht das bald wieder. Foto: juki

Ein Jahr ohne Feste liegt hinter uns – ein 1. Mai ohne Maifeuer, eine Session ohne Karnevalssitzung, ein Sommer ohne Schützen- oder Sportfest, ein Advent ohne Weihnachtsmarkt. Für uns steht fest: Was Corona uns an Miteinander genommen hat, holen wir uns jetzt zurück.

Allerdings hat die Pandemie unsere Vereine, die Gelegenheiten für dieses Miteinander schaffen, arg gebeutelt. Mitglieder traten aus, Einnahmen durch Veranstaltungen brachen weg. „Viele unserer sechs Millionen Ehrenamtlichen im Land schauen mit Fragezeichen in die Zukunft“, sagt Björn Franken, unser Beauftragter für das Ehrenamt. „Wir wollen deshalb gemeinsam mit der FDP einen Neustart anschieben, indem wir den Menschen in unseren Vereinen Planungssicherheit, Motivation und Grundlage bieten.“ Auf Initiative der NRW-Koalition hin hat der

Landtag im Juni beschlossen, dass eingetragene Vereine eine finanzielle Unterstützung von bis zu 5.000 Euro erhalten können, um ihr Nachbarschaftsfest, ihre Dorfkirmes oder ihre Karnevalssitzung anzuschieben. Björn Franken erklärt: „So wollen wir an der Basis helfen, das Leben aus dem Lockdown in die Normalität zu holen. Vereine können so Mehrkosten und Mindereinnahmen durch Corona ausgleichen, Feste wieder gefeiert werden.“ Und nicht zuletzt profitiert auch die Pandemie-geplagte Veranstaltungsbranche von unserer neuen Landesförderung „Neustart miteinander“, die jetzt zügig starten soll.



Unsere Zukunftskonferenzen #ZusammenWachsen und #DieGuteArbeitVonMorgen

Wie können wir allen Kindern die Chancen geben, die sie verdienen? Und wie sieht die gute Arbeit von morgen aus? Fragen wie diese haben wir im Juni auf zwei digitalen Zukunftskonferenzen thematisiert. Thomas Kutschaty appellierte zu Beginn der ersten Veranstaltung: Wir brauchen einen sozialen Neustart,

um die aktuellen Herausforderungen zu bewältigen. Bundesumweltministerin Svenja Schulze, Reiner Hoffmann (DGB), Daniela Jansen (IG Metall) und weitere Fachleute debattierten anschließend darüber, wie der notwendige ökologische Wandel mit einer fairen Lastenverteilung und besten Arbeitsbedingun-

gen einhergehen kann. Ole Nymoen, Co-Moderator des Podcasts „Wohlstand für alle“, regte außerdem eine Debatte über die Verkürzung der Arbeitszeit an – nach der Devise „Freitags gehört Papa mir“.

Eine Gesellschaft, die sich im Bereich Bildung hängen lässt, kann keine Erfolge haben und wird die Quittung dafür erhalten. Mit diesem Warnruf startete Sozialisationsforscher Klaus Hurrelmann seinen Impulsvortrag auf unserer zweiten Zukunftskonferenz. Neben ihm diskutierten Michael Schulte (GEW NRW) und Soziologin Uta Meier-Gräwe über die Chancen von morgen für Kinder und Familien.



Fotos: Muysers



Mehr frühgeborene Kinder mit Muttermilch versorgen

In Nordrhein-Westfalen kommen etwa 2.000 Frühgeborene im Jahr zur Welt. Diese Kinder können von ihren Müttern oft nicht – oder nicht ausreichend – gestillt werden. Derzeit gibt es drei Muttermilchbanken in NRW. Der Bedarf an Muttermilch ist aber deutlich höher. Deshalb setzen sich die Fraktionen von FDP und CDU dafür ein, dass mehr Muttermilchbanken aufgebaut werden können. Durch ausreichend verfügbare Muttermilch können Komplikationen bei Frühgeborenen unter 1.500 Gramm und besonders auch unter 1.000 Gramm Geburtsgewicht verringert werden. Für die Ernährung



Susanne Schneider (FDP)

und Entwicklung Frühgeborener ist Muttermilch also ein wertvoller Baustein.

„Muttermilch ist für Frühgeborene nicht nur einfach ein Lebensmittel, sondern vielmehr ein Mittel zum Überleben. Es ist wissenschaftlich erwiesen, dass die Ernährung mit Muttermilch die einzige Möglichkeit ist, um schwere medizinische Komplikationen wie lebensbedrohliche Entzündungen des Darms zu verhindern. Industrielle Produkte kommen an die Qualität nicht heran“, erläutert Susanne Schneider, gesundheitspolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion.

hindern. Industrielle Produkte kommen an die Qualität nicht heran“, erläutert Susanne Schneider, gesundheitspolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion.



Machbarkeitsstudie – NRW klimaneutral in 20 Jahren

NRW kann bis 2040 klimaneutral werden und gleichzeitig Industriestandort bleiben. Einen Fahrplan für den Weg zur Klimaneutralität und das technisch mögliche Klimaschutzpotenzial zeigt eine neue Studie im Auftrag der Grünen Landtagsfraktion. Die Studienergebnisse sind ein klarer Handlungsauftrag an die Politik, Klimaschutz umgehend mit konkreten und mutigen Maßnahmen anzugehen. Schwarz-Gelb scheut eine vergleichbare Analyse, weil sie zeigt, wie weit die Klimaschutzpolitik der Landesregierung vom Möglichen und Notwendigen entfernt ist. Dabei bietet ambitionierter Klimaschutz enorme Chancen für NRW, denn er macht unsere Wirtschaft weltweit wettbewerbsfähig und kann damit Wohlstand sichern.

Mit einem Zehn-Punkte-Sofortprogramm auf Basis der Studie will die Grüne Fraktion die



Weichen für ein klimaneutrales NRW bis 2040 stellen. Dieses sieht ein verbindliches Klimaschutzgesetz mit einer Ausbau-Offensive für Erneuerbare Energien, dem Kohleausstieg bis 2030 und einer Unterstützung für kommunalen Klimaschutz sowie ein Investitionspaket für klimaneutrale Industrie vor. Darüber hinaus

wollen wir die kommunale Wärmewende vorantreiben und mehr Geld für ÖPNV, Fahrrad und Fußverkehr sowie ein ambitioniertes Fahrradgesetz in den Fokus nehmen. Bauvorschriften und Förderprogramme müssen in Bezug auf Sozialverträglichkeit angepasst werden. Die Digitalisierung ist dabei Werkzeug dieses Wandels und ein flächendeckender Ausbau mit Glasfaser und 5G bis 2030 notwendige Voraussetzung.

Als größtes Bundesland hat NRW eine große Verantwortung, aber auch ein enormes Potenzial – packen wir es an!



60 Jahre Mauerbau: Die Opfer dürfen nicht vergessen werden!

Vier Jahrzehnte lang waren unsere ostdeutschen Mitbürger, Freunde und Verwandte wie hinter einer Wand versteckt – ganz besonders ab dem August 1961, als die ohnehin abgeriegelte Grenze zwischen beiden deutschen Staaten durch den Mauerbau auch in Berlin unüberwindlich wurde. Die Mauer wurde zum ehernen Symbol der Macht des DDR-Regimes gegenüber seinem Volk. Mindestens 600 Menschen verloren bei dem Versuch, aus diesem Staat zu flüchten, ihr Leben. Weil sie frei sein wollten, weil sie erkannt hatten, dass der Kommunismus, den die SED-Herrschaft predigte, nicht die Befreiung der Menschen zum Ziel hatte, sondern die bedingungslose Unterordnung des Einzelnen unter ein ideologisches Programm. Zu den Opfern von Mauer, Stacheldraht und Schießbefehl sind aber auch

jene zu rechnen, deren Flucht vereitelt wurde und die in der Folge Gefängnisstrafen und Repressionen ausgesetzt waren. Der Westen war machtlos, die Menschen schickten Pakete mit Konsumgütern an die Verwandtschaft „in der Ostzone“, und an der innerdeutschen Grenze wurde man misstrauisch kontrolliert, als sei man ein Verbrecher. Helmut Seifen, wissenschafts- und bildungspolitischer Sprecher der AfD-Fraktion, mahnt: „Auch den Bürgern Nordrhein-Westfalens ist die Teilung unseres Landes jederzeit bewusst gewesen. Die historischen Ereignisse rund um den 13. August 1961 und das Schicksal der Opfer dürfen daher nicht in Vergessenheit geraten. Es ist eine bleibende Aufgabe, die DDR-Vergangenheit nicht zuletzt wissenschaftlich aufzuarbeiten, sie in Schule und politischer Bildung zu vermitteln und die

öffentliche Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte und dem SED-Unrechtsregime zu befördern.“ Dafür setzt sich die AfD-Fraktion mit ihrem Antrag „60 Jahre Mauerbau: NRW soll der Opfer von Mauer, Stacheldraht und Schießbefehl gedenken!“ anlässlich dieses gedenkwürdigen Datums ein. Es ist wichtiger denn je, dass wir uns jederzeit bewusst sind, dass Freiheit nicht selbstverständlich ist: Freiheit vor einem übergriffigen Staat, Freiheit vor einer Polit-Elite, die meint, ihr Volk wie Kinder gängeln und bevormunden zu dürfen.



Die Kraft einer Idee

Juni 2021 – Der international renommierte Künstler Dani Karavan ist am 31. Mai 2021 in Tel Aviv gestorben. Direkt vor dem Landtag erinnert seine Plastik „Tzaphon“ nicht nur an Nordrhein-Westfalens Industriegeschichte. Sie dokumentiert auch die Bedeutung des neu gebauten Parlamentsgebäudes für das entstehende Landesbewusstsein.



Wer den Landtag betritt, kommt an Dani Karavan nicht vorbei. Der Weg zum Eingang führt über den Vorplatz, und dort steht er, der „Tzaphon“. Die runde, flache Skulptur von 15 Metern Durchmesser aus Gussstahl weist mit ihrer Neigung zum Parlamentsgebäude hinauf. Sie passt sich in ihrer Form perfekt in ihre Umgebung ein. Nichts an ihr ist Zufall, natürlich nicht. Der israelische Künstler Dani Karavan hat sie für den Landtag konzipiert. Am 31. Mai dieses Jahres ist Karavan im Alter von 90 Jahren gestorben.

Geboren wurde er 1930 als Sohn polnischer Einwanderer in Tel Aviv. Dort begann er mit 12 Jahren, sich für Malerei zu interessieren. Er studierte Zeichenkunst und Malerei in Jerusalem, Florenz und Paris. Karavan schuf Monumente, Landschaftskunstwerke und Gedenkort

von internationaler Bedeutung. Zu seinen wichtigsten Arbeiten zählen der Gedenkort „Passagen“ im spanischen Portbou, der an den Tod Walter Benjamins auf der Flucht vor der Gestapo erinnert, die „Straße der Menschenrechte“ in Nürnberg, das Mahnmal für den NS-Völkermord an Sinti und Roma in Berlin oder auch der „Weg des Friedens“ zwischen Israel und Ägypten. Karavans Werke stehen fast alle im Freien. Sie sind als begehbare Kunst zu begreifen.

Das Besondere an Dani Karavan: Er schuf seine Objekte im Dialog mit der Umgebung, mit der umliegenden Architektur, mit den jeweils konkreten Orten, an denen seine Werke zu sehen sind. Seine „Environments“ zielen auf den Einklang von künstlerischer Gestaltung und öffentlichem Lebensraum ab. Das Prinzip des Raums für öffentliches Leben gilt am Land-

tag in besonderer Weise: Hier wird die Politik für 18 Millionen Menschen gemacht. Man könnte sagen, ein Ort, der geradezu nach Kunst von Dani Karavan verlangt: Die Verbindung von Kunst und ihrer Umgebung, von Geschichte und Gegenwart gelang ihm wie kaum jemand anderem.

Geschichte und Gegenwart

Und so ist auch der „Tzaphon“ zu verstehen. In der Mitte der Plastik verlaufen zwei Eisenbahnschienen. Die Eisenbahn gilt als Symbol für Fortschritt und Industrialisierung, die Nordrhein-Westfalen einst starkgemacht haben. Auch das Material verweist auf das Land des Stahls. Zwischen den Schienen ist Platz für die Lebensader Wasser – Karavan nahm den



Während der Bauphase des Parlamentsgebäudes verfolgte der Architekt, Prof. Fritz Eller, gemeinsam mit der Kunstkommission des Landtags den Entstehungsprozess des Gebäudes. In diesem Entstehen des Konkreten entwickelten sie gemeinsam Ideen, wo und wie künstlerische Ge-

Letztlich war es die Kraft dieser Idee, die solch herausragende Kunst wie den „Tzaphon“ von Dani Karavan ermöglichte. Denn Kunst ist teuer, und „es gab keine müde Mark für Kunst“, erinnert sich Prof. Heinrich Große-Sender, damals Direktor des Landtags und Geschäftsfüh-



Fotos: Landtag NRW/Rolf Lenk



Links: Aufwendige Arbeiten zur Installation der Plastik. Rechts: Dani Karavan im Gespräch mit der damaligen Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe und Landtagsdirektor Prof. Heinrich Große-Sender (v. r. n. l.).



Foto: Schälte

staltungselemente die Architektur des Landtagsgebäudes unterstützen und ergänzen könnten.

Mit diesen Ideen begann die Suche nach geeigneten Künstlerinnen und Künstlern. Es galt, miteinander ins Gespräch zu kommen, die Botschaft der Architektur und des Hauses zu vermitteln, einander zu verstehen und zu vertrauen. Prof. Fritz Eller und sein Team hatten den Landtag als Haus der Bürgerinnen und Bürger konzipiert. Transparenz und Offenheit waren dabei wichtige Elemente. Undenkbar wäre etwa gewesen, eine Skulptur auf dem Vorplatz zu platzieren, die den Blick auf das Parlamentsgebäude verstellte hätte. Dani Karavan verstand das Zusammenspiel seiner künstlerischen Ideen mit der Architektur und Aussage des Parlamentsgebäudes und begeisterte damit die Kunstkommission des Landtags.

Selbstfindung

Aber es verband sich mit dem Bau eines eigens für das Parlament konzipierten Hauses noch mehr als die Ideen von Transparenz, Austausch und Augenhöhe. Es ging um die Identität des Bindestrich-Landes. Nordrhein-Westfalen, ein Zusammenschluss aus Rheinland und Westfalen, nach dem Krieg von der britischen Besatzungsmacht in der „Operation Marriage“ zustande gekommen und kurze Zeit später um das Land Lippe erweitert – dieses Land entwickelte ein Landesbewusstsein. Das neue Landtagsgebäude für das Parlament von Nordrhein-Westfalen sollte diese Selbstfindung des Bundeslandes stützen.

rer der Kunstkommission. Weil Künstler wie Dani Karavan von der Idee einer wachsenden Landesidentität überzeugt waren, half er durch großzügiges Entgegenkommen bei der Finanzierung, ebenso wie andere Künstler, die mit ihren Auftragsarbeiten auf ähnliche Weise das Gesamtkonzept des Landtagsgebäudes vervollständigten und unterstrichen.

Weiterhin ist es dem erheblichen Engagement großzügiger Spenderinnen und Spender zu verdanken, dass die Kosten gedeckt werden konnten. Auch sie gaben ihr Geld vor allem auch für den Ort, an dem die Werke ihren Platz finden sollten: im symbolträchtigen Haus der Bürgerinnen und Bürger von ganz Nordrhein-Westfalen.

Wenn Kinder und Jugendliche den Landtag besuchen, ist zu beobachten, dass die 120 Tonnen schwere, in den Landtagsvorplatz eingelassene Stahlplatte des Kunstwerks auf ihre Eignung zum Klettern, Ausruhen oder Skaten getestet wird. Dani Karavan hätte nichts dagegen, dass Kinder und Jugendliche beinahe symbolisch von ihrem Land Besitz ergreifen.

SOW

Rhein, der direkt hinter dem Parlamentsgebäude fließt, als wesentlichen Bestandteil in sein Environment-Kunstwerk auf.

Der Begriff „Tzaphon“ kommt aus dem Hebräischen. Er bedeutet „Nord“, so wie die Schienen von Nord nach Süd verlaufen. „Tzaphon“ hängt vom Wortursprung her mit dem Wort „Matzpen“ zusammen, was „Kompass“ bedeutet. Auch „Matzpoun“, gleich „Bewusstsein“, hängt damit zusammen. Auf dieses Bewusstsein wird noch zurückzukommen sein.

Das Landtagsgebäude an sich ist selbst auch schon Kunst. Es wurde explizit als Parlamentsgebäude entworfen und gebaut, während andere Parlamente in bereits bestehenden Gebäuden tagten, wie es auch der nordrhein-westfälische Landtag getan hatte, bevor das Ständehaus dafür zu klein wurde.

Der Präsident des Landtags, André Kuper, würdigte Dani Karavan als einen politischen Künstler, dessen Skulpturen mitten im Leben stünden. „Der Landtag wird ihn und sein Schaffen immer in Erinnerung behalten. Seine Brunnen-skulptur Tzaphon auf dem Vorplatz des Landtags begrüßt die Abgeordneten und alle Bürgerinnen und Bürger, die das Parlament besuchen“, sagte Kuper.



Foto: Schälte

AUS DEN AUSSCHÜSSEN

Situation im Handwerk

2.6.2021 – Der Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung hat sich mit der pandemiebedingten Situation im nordrhein-westfälischen Handwerk befasst. Prof. Dr. Hans Jörg Hennecke, Hauptgeschäftsführer von Handwerk.NRW, sprach von einem „sehr differenzierten Bild“. Während die Bauwirtschaft stabile Umsatzzahlen melde, sei die Lage in anderen Branchen, etwa dem Kfz-Gewerbe, eher „durchwachsen“. Handel und körpernahe Dienstleistungen seien „massiv betroffen“. Dr. Frank Wackers, Hauptgeschäftsführer des Unternehmerverbands Handwerk NRW, äußerte sich ähnlich. Das Bau- und Ausbaugewerbe sei während der Pandemie ein „Stabilitätsanker im Handwerk“. Dennoch könne die Situation durch Materialknappheit und eine „Preisexplosion“ u. a. beim Holz gefährlich werden. Lieferschwierigkeiten gebe es aber auch bei Kunststoffen. Im Nahrungsmittelgewerbe seien wegen der Schließungen Konditoreien und Bäckereien besonders betroffen gewesen. Fleischereien hätten Einbrüche – etwa beim Catering – zum Teil durch Mehreinnahmen im Ladengeschäft kompensieren können. Zu den „Totalverlierern“ zählte Wackers die Branchen Messebau und Gebäudereinigung. Auch bei den Friseurbetrieben seien die Folgen bereits sichtbar. Einige hätten aufgegeben.

Mathe-Abitur

9.6.2021 – Im Rahmen einer Dringlichen Frage hat der Schulausschuss die Aufgaben im Leistungskurs und im Grundkurs Mathematik des diesjährigen Zentralabiturs thematisiert. Schülerinnen und Schüler hatten wegen angeblich „ungerechter Aufgabenstellung“ und insgesamt zu schwieriger Abiturklausuren protestiert und Petitionen eingereicht. Lehrkräfte hatten ihnen teils Recht gegeben. Im Ausschuss erklärte Schulministerin **Yvonne Gebauer** (FDP), die gewählten Aufgaben seien lehrplankonform, angemessen

und korrekt gewesen und wie immer auch in einem Wissenschaftscheck und in einem Praxischeck geprüft und nicht beanstandet worden. Um zusätzlich der Pandemiesituation gerecht zu werden, hätten Lehrkräfte eine erweiterte Aufgabenauswahl zur Verfügung gehabt. Die kritischen Stimmen zum Mathe-Abitur müsse man in Relation zu rund 450.000 Matheprüflingen setzen. 15.000 Unterschriften unter eine entsprechende Petition seien keineswegs marginal, entgegnete **Sigrid Beer** (Grüne). **Jochen Ott** (SPD) fragte, ob ein in diesem Abiturjahr neues Aufgabenformat möglicherweise nicht gründlich genug eingeführt worden sei. Die Ministerin wandte sich gegen einen „Pauschalverdacht“, die Lehrkräfte hätten ihre Prüflinge schlecht vorbereitet.

Polizeibeauftragter

10.6.2021 – 248 Polizeibeschäftigte haben sich zwischen März 2020 und Februar 2021 an Thorsten Hoffmann, den Polizeibeauftragten des Landes Nordrhein-Westfalen, gewandt. Hoffmann ist direkter Ansprechpartner vor allem bei beruflichen Schwierigkeiten. Im Innenausschuss hat er seinen zweiten Tätigkeitsbericht (Vorlage 17/5264) vorgestellt. Die Zahl der Eingaben sei im Vergleich zum ersten Berichtsjahr nahezu konstant geblieben. Der Bericht nennt fünf „Fallgruppen“, denen die Eingaben zugeordnet werden: soziales Miteinander, Fürsorgepflicht des Dienstherrn, beruflicher Status, Arbeitsplatzsituation und Gesundheit. Manche Eingaben hätten sich relativ schnell und problemlos bearbeiten lassen, bei anderen habe es „unnötig lange“ gedauert, „weil die beteiligten Vorgesetzten schlichtweg unzureichend an möglichen Konfliktlösungen mitgewirkt haben oder diese – wie in einem besonders eklatanten Fall – sogar sabotierten“. Zusammenfassend lasse sich feststellen, dass „konstruktive Kommunikation und empathische Führung“ entscheidende Faktoren seien, um Leistungsfähigkeit und -bereit-

schaft der Polizeibeschäftigten dauerhaft zu erhalten.

Hilfe weltweit

11.6.2021 – Manuela Roßbach, geschäftsführende Vorständin von „Aktion Deutschland hilft“, hat im Ausschuss für Europa und Internationales über die Arbeit des Hilfsbündnisses berichtet. Es sei vor 20 Jahren gegründet worden. Dem Zusammenschluss gehörten u. a. der Arbeiter-Samariter-Bund, die Malteser, die Johanniter, die Arbeiterwohlfahrt sowie der Paritätische Wohlfahrtsverband an. Ziel sei es, humanitäre Hilfe im Falle großer Katastrophen und Notsituationen im Ausland zu leisten, erklärte Roßbach. Jährlich seien 235 Millionen Menschen weltweit von Naturkatastrophen betroffen. Die Corona-Pandemie habe Problemlagen verstärkt. Schwerpunkte der Hilfe lägen in der Wasser- und Nahrungsversorgung, im Aufbau von Notunterkünften, dem Wiederaufbau von Häusern und Schulen, der psychosozialen Betreuung sowie der Katastrophenvorsorge. Das Bündnis steht unter der Schirmherrschaft von Bundespräsident a. D. Horst Köhler. Kuratoriumsvorsitzender ist Bundesaußenminister Heiko Maas (SPD).

Hilfe für Asylsuchende

23.6.2021 – Karl Peter Brendel ist erster Beschwerdebeauftragter der Landesregierung für Asylsuchende in Landesunterkünften. Der frühere Staatssekretär im NRW-Innenministerium und ehemalige FDP-Landtagsabgeordnete hat seine Tätigkeit am 1. Juli 2021 aufgenommen. Zuvor hatte er sich im Integrationsausschuss vorgestellt und über seine Aufgaben gesprochen. Brendel wies in diesem Zusammenhang auf die Unabhängigkeit der Position hin. Einen Schwerpunkt seiner ehrenamtlichen Tätigkeit sehe er in der Kommunikation. Er werde sich bemühen, Probleme auszuräumen, und kündigte eine „Kommunikationsoffensive zu allen Beteiligten“ an.

Porträt: Helmut Seifen (AfD)



Wie kamen sie in die Politik? Wo liegen ihre politischen Schwerpunkte? Landtag Intern stellt in jeder Ausgabe Abgeordnete vor. Diesmal im Porträt: Helmut Seifen (AfD). Der 67-Jährige ist Sprecher seiner Fraktion im Ausschuss für Schule und Bildung, wissenschaftspolitischer Sprecher und Vorsitzender des Wissenschaftsausschusses. Seifen ist Gymnasiallehrer und hat bis 2017 das Werner-von-Siemens-Gymnasium in Gronau geleitet. Er hat die Fächer Deutsch und Geschichte unterrichtet.

Als Helmut Seifen im Juni 2017 als Schulleiter verabschiedet wurde, nannte sein Stellvertreter ihn einen „Humanisten alter Prägung“. So kann man es in einem Bericht der Lokalzeitung nachlesen. Seifen, so der Kollege, wolle „bei Individuen die höchstmögliche Leistung“ herauskitzeln und sei gleichzeitig davon überzeugt, „dass sozialverantwortlicher Umgang miteinander unabdingbar ist für ein gelingendes autonomes Leben in einer Demokratie“. Ob er sich treffend beschrieben fühle? „Ja“, sagt Seifen.

Als junger Lehrer sei er „sehr streng“ gewesen, sein damaliger Schulleiter dagegen eher Vertreter einer Laissez-faire-Pädagogik. „Wir haben beide voneinander gelernt und gemerkt, dass der andere nicht ganz Unrecht hatte“, sagt Seifen. Später, als er selbst eine Schule leitete, sei es für ihn das Entscheidende gewesen, Strenge in der Sache und Wertschätzung gegenüber der Person unabdingbar miteinander zu verbinden.

„Humanistische Positionen“

Früher war Seifen CDU-Mitglied, er saß für die Christdemokraten von 2004 bis 2009 im Rat der Stadt Gronau. Als CDU und FDP im Jahr 2005 die bisherige rot-grüne Landesregierung ablösten, seien seine Hoffnungen auf Veränderungen groß gewesen, aber schnell enttäuscht worden. Er habe „humanistische Positionen“ wie das individuell orientierte Leistungsprinzip in der Bildungspolitik erwartet, aber nicht finden können. Mitentscheidend für seinen Parteiaustritt sei ein Satz von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) gewesen. Über Thilo Sarrazins 2010 erschienenes Buch „Deutschland schafft sich ab“ habe sie gesagt, es sei „nicht hilfreich“. Mit diesen Worten habe die Kanzlerin im „Duktus von Kurfürsten“ gesprochen, die den Menschen vorgeben wollten, wie sie zu denken hätten. Seifen: „Da war mir klar, das hat mit CDU nichts mehr zu tun.“

Er begann, sich im Internet über die Programme anderer Parteien zu informieren. Bei der AfD habe er Inhalte entdeckt, die in weiten Teilen früheren CDU-Positionen entsprochen

hätten. Hinzu sei die Kritik an der Euro-Rettungspolitik und der Haltung Deutschlands in dieser Frage gekommen. Zum Humanismus gehöre es, zwischen Fremdverfügung und Selbstbehauptung das richtige Maß zu finden, sagt er. Die AfD habe genau diesen „Mangel an Deutschlands Selbstbehauptung“ aufgegriffen.

Zurück zum Anfang, zurück zu „Tobias Mindernickel“, dem Protagonisten in Thomas Manns gleichnamiger Novelle. Mit der Erzählung habe sich Thomas Mann übrigens über den Philosophen Arthur Schopenhauer lustig gemacht, erklärt Helmut Seifen, der „Humanist alter Prägung“.

red

Wenn Helmut Seifen im Landtag ans Redepult tritt, dann wird es gelegentlich literarisch. Neulich hat er von „Tobias Mindernickel“ berichtet, dem Protagonisten aus Thomas Manns gleichnamiger Novelle, dessen „gefühlskalt Mitleid“ er auch in einem Antrag der SPD-Fraktion zu erkennen glaubte. Das Thema der Debatte: die Pandemie und ihre Folgen.

Seifen ist von Haus aus Lehrer. Bis 2017 war er Leiter des Werner-von-Siemens-Gymnasiums in Gronau (Münsterland), hat Deutsch und Geschichte unterrichtet. In beiden Fächern gehe es schon in Klasse 5 um die „Substanz des Menschlichen und anthropologische Existenzgrundlagen“, sagt er und erzählt die Geschichte von der eingesperrten Ziege, die sich nichts sehnlicher wünsche als saftige Wiesen und die Freiheit der Berge, obwohl sie genau wisse, dass dort der Wolf lauer. „Da sind schon Sextaner ganz gebannt“, sagt der 67-Jährige.

„Immer neugierig“

Er selbst sei stets gerne in die Schule gegangen – als Lehrer, aber auch als Schüler: „Ich war immer neugierig.“ Nur Langeweile habe er nicht gemocht. Und langweilige Lehrer. Das einzige Fach, das ihn, wenn überhaupt, nur am Rande interessiert habe, sei Mathematik gewesen.

Zur Person

Helmut Seifen ist gebürtiger Gelsenkirchener. Er ist verheiratet und hat drei Kinder. Sein Studium der Germanistik, Geschichte, Philosophie und Pädagogik absolvierte er in Münster. Von 1981 an war er als Gymnasiallehrer tätig. Im Juni 2013 trat er in die AfD ein. Seit 2015 ist er fachpolitischer Sprecher der AfD für Schule und Weiterbildungspolitik und war bis 2018 Sprecher des Landesfachausschusses Schule und Bildung der AfD in Nordrhein-Westfalen. Der 67-Jährige ist seit Juni 2017 Landtagsabgeordneter.

Nachgefragt

Was ist Ihr Lieblingsbuch und warum?

Wilhelm Busch – Die fromme Helene

Welche Musik hören Sie gerne?

Klassik von Bach bis Brahms – Big Band-Musik

Was haben Sie immer in Ihrem Kühlschrank vorrätig?

Käse und Weißwein

Ihr liebstes Reiseziel?

Landschaften mit gelungener Verbindung von Natur und Kultur, z. B. Stubaital, Salzkammergut

Kurz notiert

Dr. Wilhelm Lenz zum 100.

Am 2. Juli 2021 wäre der frühere Landtagspräsident Dr. Wilhelm Lenz 100 Jahre alt geworden. Der Präsident des Landtags, André Kuper, würdigte seinen Amtsvorgänger als aufrechten und engagierten Demokraten: „Wilhelm Lenz hat sich selbst bescheiden als einen ‚praktizierenden Demokraten‘ bezeichnet. Er war ein leidenschaftlicher Demokrat, der sich insbesondere um die Parlamentsreform und die Informationsmöglichkeiten der Abgeordneten verdient gemacht hat. Wilhelm Lenz war davon überzeugt, dass das Parlament transparent und bürgernah arbeiten müsse. Damit hat er wichtige Weichen für die Entwicklung des Landtags gestellt.“ Der Kölner Lenz gehörte dem Landtag 22 Jahre an. Zwischen 1962 und 1970 war er Vorsitzender der CDU-Fraktion und von 1970 bis 1980 Präsident des Landtags. Er starb am 21. Juli 2015 im Alter von 94 Jahren.

„Mittwochs am Landtag“

Der Besucherdienst bietet in der parlamentarischen Sommerpause immer mittwochs Führungen im Außenbereich des Landtags an. Interessierte erhalten Informationen zur Architektur des Gebäudes, den Kunstwerken im Außenbereich und zur parlamentarischen Arbeit. Die etwa einstündigen Rundgänge „Mittwochs am Landtag“ beginnen am 7. Juli 2021 und werden bei trockenem Wetter bis 11. August jeweils ab 11, 13 und 15 Uhr angeboten. Erforderlich ist eine vorherige Anmeldung mit Namen, Adresse und Telefonnummer unter besucherdienst@landtag.nrw.de. Die maximale Gruppengröße beträgt 12 Personen. Coronabedingt dürfen die Teilnehmenden aus maximal vier Haushalten stammen.

Gestorben

- 20.6. Dr. Herbert Schnoor (SPD/94)
MdL 1980 – 1995
- 23.6. Christian Weisbrich (CDU/79)
MdL 1995 – 2012

Neue Ausgabe

Die nächste reguläre Ausgabe von Landtag Intern erscheint am 14. September 2021.



Herzlichen Glückwunsch, Nordrhein-Westfalen!

Am 23. August wird Nordrhein-Westfalen 75 Jahre alt. In der „Operation Marriage“ (Operation Hochzeit) gründete die damalige britische Besatzungsmacht 1946 das Bundesland aus der preußischen Provinz Westfalen und dem nördlichen Teil der preußischen Rheinprovinz und ermöglichte nach zwölf Jahren NS-Diktatur und sechs Jahren Weltkrieg einen demokratischen Neuanfang an Rhein und Ruhr. 1947 kam das Land Lippe als dritter Landesteil hinzu. Am 2. Oktober 1946 tagte erstmals der nordrhein-westfälische Landtag. Zum Jubiläum erscheint am 23. August 2021 eine Sonderausgabe von Landtag Intern. Darin berichtet die Redaktion u. a. über die Feierlichkeiten zum Jubiläum, lässt Prominente zu Wort kommen und die Leserinnen und Leser über das Land und seine Besonderheiten rätseln.

Foto: Zodar/Shutterstock